

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Freitag, 2. April 1926.

Nr. 79.

Demokratie auf Kündigung.

Mit heißem Eifer hat einige Tage hindurch die tschechische Presse darüber debattiert, ob und für wen es vorteilhaft wäre, das demokratische Wahlrecht durch Beseitigung des Verhältniswahlrechtes zu verwässern. Diese Diskussion lag schon seit dem Wahltage, an dem die allnationale Koalition den tödlichen Streich empfing, in der Luft. Herrschen ist süß, besonders wenn das Herrschen ein so schrankenloses ist, wie es der tschechischen Besitzklasse durch das Werkzeug der Koalition beschieden war, ein absolutes Herrschen, das nur an den Zerwürfnissen zwischen den Parteien der Koalition eine gewisse Hemmung erfuhr. Das sollte alles auf einmal ein Ende haben oder doch eine Einschränkung erfahren? Dieser Gedanke war für die eigentliche Machtklasse, für die tschechische Bourgeoisie, nicht leicht zu ertragen, ebenso wie die Vorstellung, mittels anderer politischer Bindungen die Grundlagen für eine neue Regierungsmehrheit zu schaffen, die aber in jedem Falle ihrer ach, so angenehmen Alleinherrschaft im Staate Schwierigkeiten bereitet hätte. Man mußte also insbesondere nach dem Vertrahen der Koalition darauf gefaßt sein, daß verzweifelte Versuche unternommen werden würden, das zerbrochene Herrschaftssystem doch wieder auf die Beine zu bringen. Zuerst sollten die Slowaken herangezogen werden, um der schwindsüchtigen und morschen Mehrheit aufzuhelfen, doch die beiden Garbenteile konnten sich über den Kaufpreis nicht einig werden. Mittelfertig zerbarst die Koalition und die Verhandlungen kamen ins Stocken. Da war es das „Čestě Slovo“, das Hauptorgan der tschechischen Nationalsozialisten, das in edler Dienstbereitschaft für die tschechische Bourgeoisie, einen neuen Weg des Geistes zeigte: eine Aenderung der Wahlordnung im Sinne einer gründlichen Verschlechterung. Die Idee ist einfach wie das Experiment mit dem Ei des Kolumbus; da sich auf Grund des Verhältniswahlrechtes, das ziemlich unverfälscht den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck bringt, für die abgetakelte Koalition keine rechte Mehrheit ergeben will, soll das Wahlrecht so geändert werden, daß dabei doch eine Mehrheit herauskommt. Man schafft einfach das Verhältniswahlrecht ab und der Stein des Anstoßes ist beseitigt. Das jegliche Wahlrecht produziert die staatszerstörerischen Abgeordneten, wie man sie sich vorzustellen hat, recht schütter, also muß ein Wahlrecht fabriziert werden, das dieser Aufgabe besser nachkommt. Eins, zwei, drei, Geschwindigkeit ist keine Hexerei. Darüber, ob nicht andere Ursachen, vor allem die dumme, brutale und schandbare Politik, wie sie betrieben wurde, die „Staatszerstörer“ zugunsten der „Destruktiven“ auf den Aussterbeetat setze, haben sich die Erfinder des neuen Mittels zur Rettung des Staates wohl noch nie den Kopf zerbrochen.

Daß die Idee auftauchte, durch mechanische Mittel, das heißt durch den Abbau auch der äußeren Formen der Demokratie, der Koalition neues Leben einzuflöschen, ist also bei der Ratlosigkeit und Kopflosigkeit, welche die Staatszerstörer befallen haben, nicht überraschend, erstaunlich aber ist, daß gerade eine Partei, die sich, wenn auch mit wenig Recht, eine „sozialistische“ nennt, den Gedanken ausgeheckt hat. Die tschechische nationalsozialistische Partei hat in ihren Reihen auch viele Arbeiter, und sie hatte einmal sogar den Ehrgeiz, als Mitglied in die Sozialistische Internationale aufgenommen zu werden. Das war in der Zeit, wo die ihr angehörenden Arbeiter noch einen Einfluß in der Partei hatten. In den kaum drei Jahren, die seither vergangen sind, hat sich das Bild und die Politik dieser Partei sehr geändert, heute führen in ihr die Pirundenjäger und die Kleinbürgerlichen Elemente das Wort. Ist es nicht eine Schande, daß gerade diese Partei, die einmal schon im Anlauf auf das sozialistische Sprungbrett war, als Bahnbrecherin der Reaktion zu wirken versucht und sich der P. X.

tschechischen Bourgeoisie als Abwürgerin der Demokratie empfiehlt! Es ist noch gar nicht lange her, da spreizten sich diese Leute wie die Pfauen, wenn sie die Vorzüge des geltenden demokratischen Wahlrechtes rühmten, heute stellt ihnen sogar das Gefühl der Schande, das sie darüber empfinden müßten, an der Lete der Feinde der Demokratie zu marschieren. Es scheint auch, daß sie gar nicht begreifen, wie sie den Staat, der ihnen doch angeblich so ans Herz gewachsen ist, bloßstellen, wenn sie kein anderes Mittel sehen, ihm eine demokratische und parlamentarische Regierung zu geben, als durch die Verschlechterung des Wahlrechtes. In die Erde vertrieben aber müßte sich diese Partei vor Scham darüber, daß sie sich reaktionärer als die geechtesten Reaktionsäre aufführt und ihr die Schande zuteil wird, ihre glorreiche Wahlrechtsverschlechterungs-Idee von den Parteien der tschechischen Bourgeoisie abgelehnt zu sehen! Geradeaus zustimmend hat nämlich nicht eine einzige der tschechischen Parteien die Anregung der Nationalsozialisten aufgenommen und ihr Eifer, der Demokratie den Garaus zu machen, hat den Klerikalen und den Agrariern die billige Gelegenheit geboten, als Schützer der Demokratie gegen diese auchsozialistische Partei aufzutreten.

Die Abneigung der tschechisch-bürgerlichen Parteien gegen die von den Nationalsozialisten vorgeschlagene Wahlrechtsverschlechterung entspringt selbstverständlich keinem tieferen demokratischen Empfinden, es ist nur die Sorge, bei einer Wahlrechtsänderung nicht selber unter die Räder zu kommen, denn weiß der Himmel, wie unter einem geänderten Wahlrecht das Ergebnis ausfiele und ob es nicht schon infolge der Empörung, welcher dieser neue reaktionäre Streich erwecken müßte, einen Schnitt ins eigene Fleisch bedeuten würde! In Frankreich hat das Wahlrecht, das der größten Partei die Mehrheit zu sichern sucht, weder Poincare, noch seinen Bloc Nationale vor der Niederlage bewahrt, und auch in England wird das veraltete Wahlrecht, das in den einzelnen Wahlbezirken die Stimmen der in der Minorität verbliebenen Kandidaten verschwinden läßt, die englische Bourgeoisie auf die Dauer in ihren Machtpositionen nicht schützen. Schließlich haben auch die Tschechen in den deutschen Gebieten Minderheiten, die bei aller Wahlkreisgeometrie leicht Gefahr laufen würden, überstimmt zu werden. Begreiflich, daß die tschechisch-bürgerlichen Parteien sich nicht so Hals über Kopf, wie dies die Nationalsozialisten tun, in die Idee verlieben, den Staat, das heißt, ihre Vorherrschaft in ihm, mit dem Mittel einer Wahlrechtsverschlechterung zu retten.

Im Augenblick kann die von den tschechischen Nationalsozialisten unternommene Kampagne als verloren angesehen werden, und den tschechischen Parteien ist damit vorerst noch Gelegenheit geboten, die wackeren Demokraten zu mimen. Nichts aber wäre irriger, als der Glaube, dieser Art von Demokraten läßt die Anhänglichkeit an das bestehende demokratische Wahlrecht mehr als hauttief. Lasset sie nur erst einen Plan und ein Wahlrecht ausbrüten, das den Bestand ihrer Parteien sichert und mit einiger Gewähr die Vorbedingungen für die Auferstehung der Koalition schafft, und ihr werdet staunen, wie rasch sie die demokratische Lünche abstreifen! Den Nationalsozialisten hat ihr trauriger Ehrgeiz, der Reaktion voranzuschreiten, eine Blamage bereitet, doch damit ist die Gefahr, daß die Machtklassen zur Beseitigung ihrer Herrschaft einen Wahlrechtsraub vollziehen, nicht im geringsten gebannt. Darum wird die Arbeiterklasse auf der Hut sein müssen, nicht nur die deutsche, sondern die Arbeiterklasse aller Nationen, denn um aller Zukunft und politisches Recht geht es! Die Nationalsozialisten als Avantgarde der Reaktion suchen dem tschechischen Volke den angeregten Wahlrechtsraub dadurch schmählicher zu machen, daß sie ihm vortäuschen, es wäre notwendig, mit der Hake gegen die nichttschechischen und daher antistaatlichen Nationen vorzugehen. Noch immer hat sich die Reaktion ein nationales oder religiöses Mäntelchen umge-

hängt, das geschieht auch hier. In letzter aber stärkster Folge würde die Abwürgerin des demokratischen Wahlrechtes die Arbeiter treffen, sie, die gesamte Arbeiterschaft würde den gegen sie gerichteten Schlag am schwersten zu tragen

haben. Dessen mögen sich insbesondere die tschechischen Sozialdemokraten bewußt bleiben! Die deutsche Arbeiterklasse wird auf dem Posten stehen, wenn es gelten wird, das Attentat auf das politische Recht der Arbeiterklasse abzuwehren!

Die Durchfuhr nach Oesterreich freigegeben.

Eine gewundene Erklärung des Landwirtschaftsministeriums.

Prag, 1. April. Die erste Tat der Beamtenregierung, die Vieheinfuhr aus Polen zu sperren, und dadurch den agrarischen Wünschen nach Verteuerung des Fleisches und damit naturgemäß auch der übrigen Lebensmittel willfährig nachzukommen, hat nicht nur im Inlande, sondern auch in Polen und in Oesterreich, das von dem sinnlosen Durchfuhrverbot für polnische Schweine besonders hart getroffen wird, die größte Erregung hervorgerufen.

Das Landwirtschaftsministerium fühlt sich nun doch bemüht, in einer spät abends veröffentlichten Erklärung angeblich sachliche Gründe für das Verbot ins Treffen zu führen und namentlich die Behauptung zurückzuweisen, daß kein unfreundlicher Akt gegen Polen beabsichtigt sei. In der Erklärung heißt es unter anderem:

Die sich ausbreitende Maul- und Klauenseuche in Polen hat bereits im Oktober 1925 die Notwendigkeit hervorgerufen, die Vieheinfuhr aus einzelnen Kreisen einzustellen. Erst als in letzter Zeit die Fälle von Uebertragung der Seuche sich mehrten, wurde am 25. März d. J. ein allgemeines Verbot der Vieheinfuhr erlassen. An dem Beispiel einer Reihe von Staaten wie der Schweiz, Deutschland etc., die zum Schutze vor Tierseuchen ebenfalls die Vieheinfuhr verbieten, ist ersichtlich, daß die tschechoslowakischen Maßnahmen keineswegs eine außerordentliche ist (?) und daß sie nicht über den Rahmen der allgemein gebrauchlichen internationalen Abgleitens hinausgeht. Ähnliche Maßnahmen wurden unsererseits Ende 1923 gegenüber Holland und Ende 1924 gegenüber Dänemark getroffen, und sind noch immer in Kraft.

Durch die Maßnahmen des Landwirtschaftsministeriums wurden keinerlei Vertragsverpflichtungen gegenüber dem polnischen Staate verletzt, da laut Artikel 14 unseres Vertrages mit Polen von der vollkommenen Freiheit des gegenseitigen Handels Ausnahmen aus sanitären Gründen wie etwa Maßnahmen gegen Tier- und Pflanzenseuchen zulässig sind.

In diesem Zusammenhange muß konstatiert werden, daß die tschechoslowakische Einfuhr nach Polen nach Abschluß des erwähnten Vertrages vom 23. April 1924 im Laufe des vorigen Jahres einigemal in eine analoge Situation gebracht wurde u. zw. einerseits durch Erhöhung der Zölle im Mai 1925 und abermals vom 1. Jänner 1926 an, andererseits durch die Erlassung zahlreicher Einfuhrverbote, die gegenüber der tschechoslowakischen Einfuhr in auffallendem Umfange geltend gemacht wurden. Während zu gunsten der Einfuhr aus anderen Staaten nach Polen Ausnahmen zugelassen wurden, mußten die Lieferungen tschechoslowakischer Waren nach Polen seit der Zeit der Erlassung der Verbote bis Mitte Feber 1926 fast vollkommen aufhören, obwohl seit Mitte Dezember vorigen Jahres die Tschechoslowakei mit Polen in Verhandlungen über die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im wechselseitigen Handel stand, das durch die erwähnten Maßnahmen gestört wurde. Demgegenüber wurde die Einfuhr von polnischen Waren nach der Tschechoslowakischen Republik entsprechend den Vertragsabmachungen bewilligt.

Obzwar die Maßnahme des Landwirtschaftsministeriums eine der Hauptbranchen der polnischen Einfuhr zu uns betrifft, so muß konstatiert und mit aller Klarheit betont werden, daß es sich dem Landwirtschaftsministerium nicht um eine Retorsionsmaßnahme (?) sondern um den Schutz der ihm anvertrauten Interessen durch zulässige und internationale anerkannte Mittel handelt. Es wurden in Erwägung der Schäden, die das erwähnte Verbot der polnischen Durchfuhr verursachen könnte, tschechoslowakischerseits administrative Maßnahmen getroffen, welche die Durchfuhr unter den bisher eingehaltenen Bedingungen ermöglichen werden, was insbesondere für den polnischen Handel mit Oesterreich gilt.

Aus dem Obervorwähnten ist ersichtlich, daß das Landwirtschaftsministerium bei der gegebenen Situation auf die Interessen der polnischen Einfuhr in vollem Maße Rücksicht genommen hat. In sei-

ner von der Notwendigkeit diktierten Maßnahme kann kein Akt der Feindschaft erblickt werden und es ist zu bedauern, daß sie von polnischer Seite, sicherlich unbegründet, als eine solche Rundgebung angesehen wird.

An dieser Erklärung kann man nur die eine Stelle begrüßen, in der gesagt wird, daß die Durchfuhr von Klauenvieh nach Oesterreich unter den bisherigen Bedingungen wieder freigegeben wird. In diesem Punkte scheint die Selbstherrlichkeit des Herrn Landwirtschaftsministers doch auf die entsprechende Abwehr gestoßen zu sein. So sehr wir es aber begrüßen, daß die Belieferung der österreichischen Märkte wieder in normaler Weise erfolgen kann, ebenso energisch

müssen wir auch darauf beharren, daß auch das Einfuhrverbot für die Tschechoslowakei unbedingt aufgehoben wird und die ganze Verordnung außer Kraft gesetzt wird.

Wenn das „seuchenverdächtige“ Vieh auf der Eisenbahn nach Oesterreich gebracht werden kann, so kann man es sicher auch ohne Gefährdung der einheimischen Viehzucht auf den inländischen Schlachtwiehmärkten zum Verkauf bringen. Die veterinärpolizeilichen Vorwände sind zu durchsichtig, um ernst genommen zu werden.

Die Bevölkerung kann es sich absolut nicht gefallen lassen, sich den Agrariern zuliebe durch die Drosselung der Vieheinfuhr

eine neue Teuerung aller Lebensmittel aufzutroyieren zu lassen. Da die inländische Viehproduktion nicht hinreicht, so würden sofort die Fleischpreise in die Höhe schnellen, Getreide und Mehl würden folgen und die Folge wäre, daß die breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung, die unter der furchtbaren Arbeitslosigkeit ohnedies schon schwer zu leiden haben, in noch tieferes Elend versinken müßten.

Auch im tschechischen Lager wird die Verordnung, namentlich von den tschechischen Sozialdemokraten auf das schärfste kritisiert. Das heutige Abendblatt des „Pravo Lidu“ legt das Hauptgewicht allerdings auf die außenpolitische Seite der Angelegenheit, da die tschechisch-polnischen Beziehungen, wie die gestrige Rede des polnischen Ackerbauministers unzweideutig beweist, schwer gefährdet werden, und sogar die „Narodni Listy“ sind mit der Verordnung unzufrieden.

Pläne des Ernährungsministeriums.

Das Ernährungsministerium verfenet sogar eine Verlautbarung, in der es heißt, daß das Ministerium bestrebt sei, dahin zu wirken, daß das Verbot widerrufen oder zumindest eingeschränkt wird. Das Ministerium kündigt eine Aktion zur Einfuhr von geschlachtetem Vieh aus Polen sowie Verhandlungen mit den Viehimporteuren an, damit der Abgang bei der Einfuhr von Vieh aus Polen durch Erhöhung der Einfuhr aus Jugoslawien, Rumänien und Ungarn gedeckt werde. Angeblich sei die Befürchtung eines Fleischmangels unbegründet. — Man braucht nur an die vielen erfolglosen Aktionen zu denken, die das Ernährungsministerium in den letzten Jahren gegen die Teuerung unternommen hat, um einzusehen, was bei dieser neuen Aktion einzig und allein herauszuholen kann: fette Gewinne für die Viehimporteure und für die Bevölkerung das Nachsehen!

Die heutige Situation erinnert nur allzu sehr an jene Vorkriegszeiten, da durch ähnliche Einfuhrverbote die Serben zu erbitterten Feinden der Monarchie gemacht und so der Zündstoff für den Weltkrieg angehäuft wurde. Unsere Agrarier haben aus dem Krieg nichts gelernt, sie sind die alten geblieben. Hoffentlich lernen jetzt wenigstens jene Wähler aus Konjunkturkreisen etwas dazu, die bei den letzten Wahlen den Agrariern ihre Stimme gegeben haben. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Bevölkerung in einzelnen Städten, wie Briinn und Prag, hat im November infolge der verschiedenen Wahlkompromisse, die einzelne bürgerliche Parteien mit den Agrariern schlossen, die agrarische Liste gewählt. Den Dank bekommen sie jetzt prompt von den Agrariern in borer Mänge!

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
 vierteljährlich 48.—
 halbjährig 96.—
 ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlösung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Sonntags täglich früh

Demission der kroatischen Minister.

Belgrad, 1. April. In einem heute stattgefundenen Ministerrat erklärte Ministerpräsident Pasić, daß er dem Verlangen des Ministers Radić nach einer vorzeitigen Einberufung der Stupčičina entsprechen werde, falls auch der radikale Abgeordnetenkreis das gleiche Verlangen stellen werde. Nachdem jedoch die Mehrzahl der Abgeordneten Belgrad verlassen hat, wurde diese Antwort des Ministerpräsidenten von den Kroaten als eine Ablehnung ihrer Forderung angesehen.

Radić und die übrigen kroatischen Minister überreichten deshalb dem Ministerpräsidenten Pasić ihre schriftliche Demission.

Eine Rüstungsanleihe von 3,8 Milliarden?

Sibirjens Investitionsprogramm (wird wieder herum).

Brag, 1. April. Die erste Ausgabe der „Bohemia“ meldet nach der „Politischen Korrespondenz“: „Nach einem Abkommen des Ministeriums für Nationalverteidigung mit dem Finanzministerium soll die angekündigte Nationalverteidigungs-Anleihe 3800 Millionen Kronen betragen, wobei das Budget des Ministeriums für Landesverteidigung von zwei Milliarden auf 1400 Millionen herabgesetzt werden soll.“

Das Beamtenministerium hat es anscheinend darauf abgesehen, der Bevölkerung gerade die

Osterfeiertage mit einer Stobspost nach der andern zu verbittern. Nach der Extratur des Landwirtschaftsministeriums kommt nun auch das Verteidigungsministerium mit der bereits von Sibirjny in den letzten Tagen seines Glanzes angekündigten Investitionsanleihe für militärische Zwecke, die auf elf Jahre verteilt werden sollte. Dies alles im Zeichen der Vorbereitung zur Abrüstungskonferenz! Auf ein Einsehen der Regierung zu rechnen, wäre töricht. Man muß wohl seine ganze Hoffnung darauf konzentrieren, daß sich nicht so leicht ein Geldgeber finden dürfte, der fast vier Milliarden dem tschechischen Militarismus in den Rücken jagen wird.

begehren, ist nun mit glänzendem Erfolg zum Abschluß gelangt.

Die Einleitung des Volksbegehrens erfolgt durch einen Zulassungsantrag, der von 5000 Reichstagswählern oder einer politischen Partei, die mindestens 100.000 Stimmberechtigte vertritt, gestellt wird. Nachdem dies geschehen, beginnt erst die eigentliche Aufgabe. Denn die antragstellenden Parteien sind verpflichtet, auf ihre Kosten das Verfahren des Volksbegehrens durchzuführen. Sie müssen die Bekanntmachungen zum öffentlichen Anschlag den Gemeinden zuschicken, ebenso die Eintragungslisten. Zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei wurde vereinbart, daß jede Partei gesondert ihre Agitation betreibt, daß die Kosten für die Durchführung von den Parteien je zur Hälfte zu tragen seien. An rund 60.000 Gemeinden in Deutschland mußten beide Parteien Eintragungslisten und Plakate versenden; dazu kam ungeheures Agitationsmaterial für die Organisationsleitungen. Um einen ungefähren Begriff von dieser gewaltigen Arbeit zu haben, sei nur ausgehört, daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands neben 300.000 Eintragungslisten und 30.000 Begleitschreiben, die in 40.000 Ruberts an die Städte, Gemeinden und Kreisbezirke verandt wurden, den Bezirksorganisationen der Partei unter anderem 2 Millionen Broschüren, 850.000 Plakate, Referentenmaterial und Rededispositionen in einer Auflage von je 20.000 Stück, 13 illustrierte Entwürfe für Flugblätter und Handzettel und rund zweimal 100.000 Sondernummern zweier Zeitschriften zur Propaganda überwies. Die Kommunisten hatten einen ähnlichen Verband. Das stellt starke Anforderungen an die Geldmittel der Partei, die in außerordentlichen Beiträgen und durch Sammellisten in opferwilliger Weise ausgebracht werden müssen.

Der Gesetzentwurf zum Volksentscheid, der beim Reichsministerium eingebracht wurde, sieht eine Entscheidung über die Vermögens der Fürsten vor. Es soll verwandt werden für die Erwerbslosen, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, für Sozial- und Kleinrentner, für bedürftige Opfer der Inflation, für Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern zur Schaffung von Siedlungsland auf enteignetem Landbesitz. Die Schlösser und sonstigen Gebäude sollen für allgemeine Wohlfahrt, Kultur- und Erziehungsziele, insbesondere zur Errichtung von Genossenschaftshäusern und Wanderversammlungen verwendet werden.

Jeder Wahlberechtigte, der diesen Antrag unterstützen wollte, mußte zum Einzeichnungslokal seines Wohnortes gehen und diesen seinen Willen durch eigenhändige Unterschrift bekunden. Ein Zehntel der bei der letzten Wahl eingetragenen Wahlberechtigten war erforderlich, um durch Unterschrift den Antrag

zur Beratung an den Reichstag zu bringen. Rund 4 Millionen Einzeichnungen waren darnach erforderlich. Die Listen lagen vom 4.—17. März zum Einzeichnen aus. Als vorläufiges Endergebnis werden jetzt rund 12,5 Millionen Einzeichnungen bekannt gegeben. Dieses Ergebnis übertraf alle Erwartungen. Bei der letzten Wahl wurden für die drei linken Parteien Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige 10.688.974 Stimmen abgegeben, die Eintragungen für das Volksbegehren betragen 12.516.678; das sind durchschnittlich 32 Prozent der Wahlberechtigten. In städtischen Bezirken stieg dieser Prozentsatz auf über 50 Prozent der Wahlberechtigten, so in Berlin auf 69 Prozent, während die für die drei Parteien abgegebenen Stimmen bei der letzten Wahl in Berlin nicht ganz 40 Prozent betragen. Daraus ist ersichtlich, daß weit in bürgerliche Kreise hinein sich die Wähler für unseren Antrag erklärten, obgleich die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, sich ablehnend verhalten und ihr ganzes Bestreben auf eine parlamentarische Regelung der Sache konzentrieren. Sie wollen in einem Ausschuss einen Kompromiß herbeiführen, der dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, wonach ein besonderes Gericht über die Ansprüche der Fürsten entscheiden soll. Die Soz. Fraktion beteiligt sich an dieser Beratung, ohne dabei das Ziel, durch Volksentscheid endgültig zu bestimmen, aus dem Auge zu lassen. Die parlamentarische Beratung tangiert in keiner Weise den weiter angustrobenenden Volksentscheid.

Der Antrag kommt jetzt zur Beratung an den Reichstag, der ihn in drei Lesungen beraten und auch noch in eine Kommission verweisen kann. Nimmt der Reichstag den Antrag un verändert an, so wird er damit Gesetz und die Sache ist erledigt; der Volksentscheid findet, da unnötig geworden, nicht statt. Wendet der Reichstag den Antrag, so stehen beide Anträge — der Ur Antrag und der geänderte — zur Abstimmung durch den Volksentscheid. Der Wähler muß dann wie bei der Reichstagswahl an die Urne treten und in geheimer Abstimmung durch seinen Stimmzettel sich für einen der Anträge entscheiden. Nicht geklärt ist bisher die Frage, ob der Antrag eine Verfassungsänderung bedeutet, für den dann die Hälfte der Wahlberechtigten, das sind rund 20 Millionen sich erklären müßten. Die Regierung soll sich zunächst darüber erklären, ob der Antrag verfassungsändernd ist.

Diese größte politische Kraftanstrengung die das deutsche Volk mit dem Volksbegehren hinter sich hat, beweist im In- und Ausland den guten republikanischen Geist, der in weiten Volksteilen Deutschlands herrscht. Sie bedeutet ein Bekenntnis zur Republik. Die Monarchie liegt vernichtet am Boden.

Waffenversammlung in Saaz.

Nachdem der Bezirkspolka von Saaz die für Sonntag, den 28. März, vormittags, auf dem Ringplatz geplante Demonstrationssammlung und auch eine zweite, für denselben Tag und dieselbe Stunde ins Schützenhaus einberufene Versammlung verboten und die Plakate und Flugzettel konfisziert hatte, wurde eine neuerliche Versammlung für Dienstag abends ins Schützenhaus einberufen und derselben die ganz unschuldige Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse“ gegeben. Diese dritte Versammlung wurde nun endlich bewilligt.

Der Schützenhausaal, der größte Saal von Saaz, war dicht besetzt, und so ist es dem Bezirkshauptmann vorbeigekommen, eine Waffenkundgebung der Arbeiterschaft zu verhindern. Die Versammlung war eine gewaltige Kundgebung der Arbeiterschaft von Saaz und des ganzen Bezirkes. Gen. Czerny als Vorsitzender schilderte unter lebhaften Beifall die Schikanen des Saazer Bezirkshauptmanns und erteilte dem Referenten Genossen Berner-Teply zur Tagesordnung das Wort. In meisterhaften Worten, von ständigen, lebhaften Zustimmungskundgebungen der Versammelten unterbrochen, schilderte er die Steuerpolitik der Regierung, die Versammlungsverbote als Auswirkungen der wieder auferstehenden Polizeidiktatur, die Karlsbader Vorfälle, die Finanzpolitik, die Sprachenspraxis und nationale Vergewaltigung, den Militarismus, die Sozialpolitik, die durch die unausgesetzten Anschläge der Regierenden von Tag zu Tag schlechter werdende wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft und schloß seine fast zweistündigen Ausführungen mit einem flammenden Appell zum unermüdbaren Kampf gegen alle Anschläge der Reaktion.

Gen. Czerny schloß hierauf mit einer erneuten Aufforderung zum ständigen Kampf die imposant verlaufene Kundgebung, welche zeigte, daß die Arbeiterschaft die Kraft hat, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Nikolsburg.

Die Protestversammlung am Samstag, den 27. März, war sehr gut besucht; besonders hervorzuheben ist, daß viele Frauen anwesend waren. Zur Tagesordnung sprach Genosse Schloßnickel-Sternberg in einem ausführlichen Referat, das den vollen Beifall der Versammelten fand. Nach diesem Referat meldete sich ein kommunistischer Stadtrat zum Worte, der in der bekannt gebliebenen Weise, den Wert der Versammlung verkennend, die Sozialdemokraten angriff. Genosse Schloßnickel jergauste die komischen Ausführungen des Kommunisten und verwies unter dem lebhaften Beifall der Anwesenden auf die Gemeinheit hin, daß durch das Gezanke des Kommunisten die machtvollste Protestaktion zu einem bloßen Parteistreit herabgesetzt werden sollte. Der Kommunist fand auch gar keinen Beifall.

Schließlich referierte die Genossin Ella Petal aus Nikolsburg über die Bedeutung des Frauentages und über die Stellung der Frau in der sozialdemokratischen Partei. Auch sie erntete lebhaften Beifall für ihre überzeugenden Worte.

Eisgrub.

Unsere Sozialorganisation hielt ihre Protestversammlung am Sonntag, den 28. März ab. Die Versammlung war sehr gut besucht und mit größter Aufmerksamkeit lauschten die mehr ländlich orientierten Versammlungsbesucher den Worten des Genossen Schloßnickel aus Sternberg, der die Bedeutung der Protestversammlung und die politische und die wirtschaftliche Situation der Arbeiterschaft in diesem Staate erörterte und die Hoffnung aussprach, daß doch ein Tag kommen werde, an welchem die deutsche und tschechische Arbeiterschaft gemeinsam gegen den Kapitalismus kämpfen werde.

Der Volksentscheid in Deutschland.

Von Georg Schmidt (Berlin).

Der erste Versuch in Deutschland, gemäß dem in der Verfassung der deutschen Republik enthaltenen Bestimmung durch Volksabstimmung eine bestimmte gesellschaftliche Frage zur Entscheidung zu bringen, hat zunächst in seinem Vorstadium zu einem glänzenden Erfolg für die Antragsteller geführt. Weite Kreise des deutschen Volkes wurden durch die unerschämten Forderungen der Fürsten politisch dermaßen aufgerührt, daß sie zum Erschrecken unserer Gegner und über alle kühnen Erwartungen unserer Partei hinaus in gewaltiger Anzahl ihren Willen bekundeten. Dem unter der Reparationslast schwer schaffenden deutschen Volke auch noch eine solche Bürde aufzuladen, wie sie die Forderungen der Fürsten darstellen, war doch selbst dem geduldierten deutschen Michel zu stark. Die 22 Bundesfürsten stellten eine Forderung von rund 2,5 Milliarden. Darunter befanden sich landwirtschaftlicher und Forstbesitz mit 500.000 Hektar; etwa 100 Fürstenschlösser; Nutzungstüde industrieller und agrarischer Art im Werte von 200 Millionen; Jahresrenten für die ehemals regierenden Fürsten von 150 Millionen; Kunstschätze, Gold- und Silberschmuck im Werte von 500 Millionen und Kapitalvermögen im In- und Ausland von 300 Millionen.

Die Fürsten hatten bei den ordentlichen Gerichtsprozesse anhängig gemacht, um von den Länderregierungen ihre Schlösser, Forsten, Domänen usw. als ihr Eigentum zu reklamieren. Sie führten bei diesen bürgerlichen Gerichten mit Erfolg den Nachweis, daß die von ihnen beanspruchten Güter ihr Privateigentum sei, selbst wenn geschichtlich der Nachweis erbracht werden konnte, daß der Ursprung ihres Kapitals aus dem Verkauf deutscher Landestinder als Kanonenfutter für ausländische Potentaten herrührte. Die einzelnen Staaten, besonders der große Bundesstaat Preußen und auch Thüringen verloren kostspielige Prozesse.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei untersuchte gründlich das Problem und unterbreitete es einer größeren Funktionärskonferenz. Es sollte festgestellt werden, ob nicht zum ersten Male der Versuch gemacht werden sollte, das Volk durch eine Abstimmung entscheiden zu lassen. Die kommunistische Partei wollte die Frage des Volksentscheides zu einer großen Propaganda für ihre Partei ausnützen. Der sozialdemokratische Parteivorstand ergriff jedoch sofort die Führung und brachte sodann gemeinschaftlich mit der kommunistischen Partei einen Antrag auf Vornahme eines Volksbegehrens bei der Regierung ein.

Die Verfassung sieht vor, daß dem Volksentscheid ein Volksbegehren vorausgeht. Dieser Teil der Aufgabe, das Volk

besiegen wollte. Alle Scham niederrang in seiner Brust und die Krone öffnete, um zu empfangen, wonach sein Blut ihn trieb, und zu geben, wonach sein Blut flammte — und ein Lachen ihm entgegenschlug, kälter als der Frost der Dezembernächte, ein Lachen, das ihn niederwarf auf die blanken Dielen, die so hart und eifrig waren wie die Stimme Laurettas.

So hart und eifrig wie das Gelächter Laurettas, das damals in sein Ohr schnitt. — Daß die Sonne vielleicht sein sei, die sich in seinen Ringen spiegelte, höhnte dieses Gelächter, und sein Antlitz vielleicht, das ihm daraus entgegenblide, aber daß das Gold selber niemals ihm gehöre! Und niemals sie, deren Antlitz er so oft in den Ringen gesehen!

„Aufgehoben von der Strafe! Erhoben von meines Vaters Gnade! Bist mein Volk!“

Und da sah er die Ringe vor sich und das schwarze Antlitz mit den hellen Augen, das Antlitz Laurettas, die ihr Haar aufband, daß es über ihren Rücken floß wie ein Wüddach, schwarz und ungestüm. Und jenes Antlitz auf dem Ring verzerrte sich und lachte, und hinter seinem Rücken schwooll das Lachen an — da warf die Wut ihn nieder, da warf nur die nackte Wut in ihm, und der Haß stürmte mit ihm fort. In ihren Leib biß er sich, und schlug auf sie ein, nur um das Lachen zu ersticken, das furchtbare Lachen, das ihm eisalt ins Herz schnitt.

Und da war Blut an seinen Händen und Blut auf dem Boden, Blut auf Laurettas schwarzem Haar und Blut auf den kalten, blanken Dielen. Und der Frühlingstwind segte durchs Zimmer und kühlte seine Stirn, und brachte einen matten, müden Duft herein, den Duft einer zertretenen Blüte — da ging Dario hinaus in die Frühlingnacht, hinaus zu den steinernen Stufen der Kirche, holte die Harne, die er zertreten, als er seinem Blut gefolgt, holte sie heim

und legte sie neben Lauretta und ging hinaus in die Frühlingnacht, weit, weit über die Berge und wollte den Ort, den er geliebt, die stille Stadt der vielen Türme an den Ufern des milden Flusses, nie, nie wieder sehen...

Wieder rollten die Jahr hin über die Erde und der Räuber Dario wurde alt. Seine Haare standen spärlich über der gesuchten Stirn und waren lahl, seine Augen hatten den Glanz verloren und den Trost und seine Kräfte die Kraft. Aber der Schmerz in seiner Brust war noch geblieben und gewachsen in all den Jahren und erfüllte seine Seele Tag und Nacht.

Da rüstete er zum letztenmal sein Schiff. Die Ankerketten rasselten empor und die Segel strafften sich. Wilde stand er gegen das schimmernde Weiß gelehnt und richtete den Blick unverwandt auf den Horizont.

Landete in einem kleinen Ort, den er nie zuvor berührt hatte, und konnte seinen Gefährten nicht wehren, zu brennen und zu rauben. Dario aber stand vorn am Bug des Schiffes und wartete. Als ob ein Schatzen über dem Leben läge, war es ihm, wie durch blasse Schleier sahen seine Augen trübe und sein Ohr vernahm kaum noch eine Stimme. Langsam stieg er in sein Boot, langsam ruderte er ans Land. Aus den Häusern jüngste Lobe gegen den Abendhimmel und die Schreie zerquälter Menschen durchfurchten die Luft.

Da schritt Dario durch die Menschen, die mit den Piraten um ihr Leben rangen, vorbei an den Müttern, die ihre Kinder unter den Kleidern verbargen, vorbei an den zitternden Gesichtern der Angst, vorbei an den Gespenstern des Schreckens, vorbei an Tod und Leid, wie er sein Leben lang an Tod und Qual vorbeigeschritten, vorbei an den Menschen, die litten und schlugen,

weinten und fluchten, kämpften und erlagen, und ging geradewegs, als lenkte eine unsichtbare Macht seine Schritte.

Bei einem Haufen zerbrochener Risten, die leer wie Totenaugen gegen das Ufer starrten, blieb Dario stehen. Ruhe kam über ihn, und nur sein Herz schlug. Und in diesem Herzen war eine Stimme, die er nie vernommen, die leise sprach, so leise, daß das rauhe Ohr Darios sie nicht vernahmen konnte. Und die doch da war und gehört sein wollte in der nahenden Stunde der Erfüllung.

Still stand Dario und konnte den Piraten nicht wehren, die mit eherner Faust auf Menschenköpfe einwirkten und ihre Kolben auf zitternde Hände schlugen, die verzweifelt die letzte Habe umschlossen hielten.

Doch da klang aus einem Winkel leise an Darios rauhes, müdes Ohr ein leiser Angstschrei, ein hartes Fluchen und ein Kinderweinen. Und aller Lärm zerfloß in nichts neben diesen Stimmen — und Dario schritt näher und sah ein Kind, das mit einem Räuber um eine kleine, weiße Krone rang, die es mit beiden Händen an die Brust geklemmert hielt und die kläglich miaute. Und große Tränen rollten über die Wangen des Kindes, und es er näher kam, saßen zwei große Augen zu ihm auf, als wollten sie ihn bitten. Der Räuber aber lachte und stieß zu, daß ein winziges Stimmchen schrill aufstrebte, und das Kind den kleinen Körper noch fester gegen seinen Leib preßte. Und da ging in Darios Herz die verborgene Stimme auf, daß er sie vernahm, und als der Räuber von neuem ausholte, da warf sich Dario zwischen das winzige Tier und die Lanzenspitze, und fing den Schlag mit seinem breiten Rücken auf.

(Schluß folgt.)

Die Bente.

III.

Von Fritz Rosenfeld.

Da kehrte er zurück in seine Burg, und tobt seinen Groll aus an den Gefährten, und wühlte sich noch tiefer in sein Gold. Und spielte mit ihm, das sein Leben zerstört.

Und segelte, als ein Mond sich vollendet hatte, wieder hinaus auf das weite Weltmeer, an die unzähligen Küsten, wo die Menschen wohnen, und breitete die Arme aus, die Blume zu suchen, die er zertreten, seine Seele und den Menschen zu suchen.

Und segelte ein Jahr lang um alle Meere und hörte die Stimme unzähliger Menschen, die Stimme der Braut, die er dem Bräutigam zurückgab. Die Stimme des Gebrochenen, mit dem er suchte. Die Stimme der Mutter, die er beschenkte, und die Stimme der Frauen, den er markieren ließ, und die Stimme des Vaters, dem er den Sohn erhöhte, die Stimme des Weigehalles, dem er sein Geld raubte, und die Stimme des Weisers, dem er das Allerleichte entzog — hörte aber Millionen Stimmen des Jubels und des Leids, der Qual, Not und Beglückung — und fand den Menschen nicht.

Da kehrte er zurück in seine Burg, in sein Innerst, auf die Korallenriffe, zwischen die steilsten Klippen, und verbarg sein Gesicht in den goldenen Blüten, die seine Truben füllten.

... und da stieg eine Nacht auf aus den Schatzen der Bergesfenster und stand wieder vor seiner Seele, eine Nacht, da er verblutete an seinem Schmerze und mit seiner Liebe seinen Haß

Ausland lehnt die Abrüstung ab.

Berlin, 1. April. Die Blätter berichten nach der Telegraphen-Union aus Moskau: Die Sowjetregierung hat jetzt auf die Note des Generalsekretärs des Völkerbundes eine Antwort erteilt, in der sie sich weigert, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Tschitscherin teilt in der Note dem Generalsekretär des Völkerbundes mit, daß die Sowjetregierung die Weigerung, die Abrüstungskonferenz nach einem anderen Orte zu verlegen, als eine englische Intrige auffasse, wodurch die Abrüstungskonferenz sabotiert wird. Die Sowjetregierung gedenkt nicht die Entwaffnung der Roten Armee und Flotte vorzunehmen. Ein gleichlautendes Memorandum ist an die Völkerversammlung Frankreichs, Englands, Italiens und Japans verschickt worden.

Moskau, 1. April. Im Volkskommissariat des Aeußeren wird die Pressemeldung, wonach bereits eine ablehnende Antwort Sowjetrusslands auf die Einladung zur Teilnahme an der Abrüstungskonferenz ergangen ist, demontiert. Die Antwort wird vorbereitet und wird in der nächsten Zeit ergehen.

Der Kampf gegen den Fascismus in Belgien.

Die belgische Arbeiterschaft hat es verstanden, gegen die in ihrem Lande im Entstehen begriffene faschistische Bewegung rechtzeitig kräftige Stellung zu nehmen. Eine Arbeitervereidigungsmission wurde gegründet, um den Schutz der Tätigkeit der Arbeiterorganisationen zu sichern. Eine impotente Massenlungendeung des Brüsseler Proletariats, die Montag, den 22. März, stattfand, hat nun überzeugend dargelegt, daß die belgische Arbeiterschaft alle Angriffe der Faschisten abzuwehren wissen wird.

Den Vorsitz der Versammlung führte Baed, die erste Rede hielt Renier, der mit einer Ehrung des großen Märtyrers des italienischen Proletariats, Matteotti, begann, dessen Mörder eben in einer Justizkommission ihrer Freilassung entgegensehen. Der Redner verwies auf die großen Ziele, um die es in diesem Kampfe geht, und schloß mit der Versicherung, daß die belgische Arbeiterschaft sich selbst verteidigen können wird.

Nach Renier sprach in flämischer Sprache Deswarte und Vandemeulebroede, die unter begeistertem Beifall der Versammlung zeigten, wie die faschistische Gefahr die Arbeiterschaft nur gestärkt und nicht entmutigt hat. Vandemeulebroede wandte sich insbesondere an die Armee, die die Faschisten zu einer Waffe gegen die Arbeiterschaft machen wollen. „Die Faschisten vergessen aber, daß es Arbeiter sind, die die Armee bilden, und wir rufen unseren jungen Genossen in der Armee zu: Ihr seid Soldaten und habt daher die Aufgabe, Gesetz und Recht zur Geltung zu bringen, aber vor allem die Rechte der Arbeiterklasse zu schützen und sicherzustellen. Werdet ihr auch nicht gegen eure Brüder unternehmen.“

Als letzter Redner sprach De Brondire, der in wenigen begeisternden Worten die belgische Arbeiterschaft zum Kampfe aufrief: „Dieser Kampf für die Verteidigung der Arbeiterklasse ist für die Arbeiterschaft eine heiligere Pflicht als die Vaterlandsverteidigung und wir werden unsere Pflicht stets erfüllen.“

Anschließend an die Versammlung fand eine große Manifestation statt, bei der eine nach Tausenden zählende Menge die Straßen Brüssels durchzog und die Kampfbereitschaft gegen alle reaktionären Angriffe zum Ausdruck brachte.

Sechs Tote bei einer Arbeitslosen-Demonstration in Strj.

Bemberg, 1. April. In Strj kam es gestern zu schweren Arbeitslosenunruhen, welche einen blutigen Ausgang genommen haben. Etwa 1000 Arbeitslose sammelten sich gestern nachmittags vor dem Gebäude der Bezirkshauptmannschaft und forderten stürmisch die Ausschaltung von Arbeitslosenunterstützungen. Da dieser Forderung der Arbeitslosen seitens der Behörde nicht stattgegeben wurde, drangen etwa 200 Arbeitslose in das Innere des Gebäudes ein und begannen die Einrichtung des Büros zu demolieren, wobei die Beamten der Bezirkshauptmannschaft am Leben bedroht wurden. Der herbeigerufenen Polizei gelang es, die Angreifer aus dem Gebäude zu verdrängen. Vor dem Gebäude jedoch kam es zu Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Polizei. Als die Demonstranten den Versuch unternahmen, die Polizei zu ent Waffen, gab diese eine Salve in die Menge ab. Vier Demonstranten blieben tot am Platze. Zwölf wurden schwer verwundet. Nach der Salve zerstreuten sich die Demonstranten. Von den Schwerverwundeten sind im Spital zwei ihren Verletzungen erlegen.

Unterdrückungen bei der Reichsbahn.

Berlin, 1. April. (Eigenbericht.) Bei der Reichsbahndirektion Frankfurt a. O. Ober haben sich schwere Unregelmäßigkeiten ereignet, an denen auch mehrere höhere Beamten beteiligt sind, die inzwischen verhaftet worden sind. Vor zwei Tagen wurde auch der Reichsbahndirektor Friedrich Höfing verhaftet. Auf dem Transport ins Untersuchungsgefängnis besetzte er sich heute von der Begleitmannschaft und stürzte sich in die Ober, wo er sofort ertrank.

Berets Finanzvorlage genehmigt.

Mit 236 gegen 159 Stimmen.

Paris, 1. April. (Havas.) Die Kammer und der Senat haben in Nachtstunden das Budgetwölstel für den Monat April endgültig angenommen.

Hierauf wurde das Finanzgesetz von der Kammer weiter durchberaten. Das offizielle Stimmennotizbuch bestätigt, daß der Zusatzantrag der radikalen Sozialisten, nach welchem die Ein- und Ausfuhr von Kohlepétroleum und seiner Derivate unter staatliche Kontrolle gestellt werden soll, mit 287 gegen 230 Stimmen angenommen wurde. Die Regierung hatte zwar die Streichung dieses Artikels gewünscht, aber nicht die Vertrauensfrage gestellt.

Um 4 Uhr schritt die Kammer zur Beratung der Umsatzsteuer. Der sozialistische Deputierte

Vincent Aurioi erklärte, die Sozialisten seien entschiedene Gegner dieser Maßnahme, würden sich aber der Abstimmung enthalten, damit die Reaktion nicht die neue Ministerkrise ausnütze, welche im Falle der Ablehnung dieses Artikels entstehen würde. Die Kommunisten beantragten die Streichung des Artikels, die aber mit 227 gegen 103 Stimmen abgelehnt wurde. Die Kammer beriet hierauf die einzelnen Absätze des Artikels und nahm prinzipiell die Erhöhung der Umsatzsteuer von 1,3 auf 2 Prozent an. Nach 7 Uhr früh wurde der gesamte Artikel betreffend die Erhöhung der Umsatzsteuer mit 207 gegen 166 Stimmen angenommen und schl. endlich auch die Monopolisierung der Zuckereinfuhr sowie die gesamte Finanzvorlage überhaupt mit 236 gegen 159 Stimmen gebilligt.

Zusammenstöße bei Bismardiefern.

Berlin, 1. April. (Eigenbericht.) Gestern ist es in mehreren Orten des Reichs zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Kommunisten gekommen. In Hamburg, wo die vaterländischen Vereine eine Bismardiefern veranstalteten, kam es am Millerntor zu einem Handgemenge, wobei als Waffen Haken und Knüttel verwendet wurden. Resultat: mehrere Verletzte.

In München hielt in einer völkischen Versammlung ein russischer Professor einen antisowjetischen Vortrag, zu dem sich zahlreiche Kommunisten eingefunden hatten. Bei dem dabei entstandenen Tumult wurden 17 Personen zum Teil schwer verletzt. In der Kölner Zone entfalteten die Völkischen, die sich bisher zurückgehalten hatten, eine rege Tätigkeit. In Köln selbst kam

es zu Zusammenstößen zwischen Völkischen und Anhängern der Republik.

Der jährliche Parteikonflikt.

Ausschluß der Fraktionmehrheit aus der Partei.

Berlin, 1. April. (Eigenbericht.) Der sozialdemokratische Bezirksvorstand Sachsens veröffentlichte eine Erklärung, wonach die Abgeordneten, die am 25. März 1926 gegen die Landtagsauflösung gestimmt haben, nicht mehr als Vertreter der sozialdemokratischen Partei anzusehen sind; sie trifft auch für die Minister zu. Die Vertretung im Landtag geht somit auf die Fraktionsminderheit über. Die Berufe werden aufgefordert, schnellstens den Ausschluß der Mehrheitssozialisten aus der Partei zu vollziehen.

Der Fascismus und das internationale Proletariat.

Eine Rede des österreichischen Nationalrats Genossen Dr. Julius Deutsch in einer Prager Versammlung.

Mittwoch abends fand im Saale des „Goldenen Kreuzes“ in Prag eine von der sozialdemokratischen Bezirksorganisation einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Dr. Julius Deutsch aus Wien einen Vortrag über „Fascismus und internationales Proletariat“ hielt. Die Bedeutung des Gegenstandes, die Persönlichkeit des Referenten und die Borglosigkeit seiner Ausführungen bewirkten ein außerordentliches Interesse an diesem Vortrag, dessen wesentlichen Inhalt wir deswegen auch hier im Auszug wiedergeben. Zu bemerken ist, daß sich die Behörde bemüht gefühlt hatte, nicht nur einen unformierten Vertreter, sondern außerdem auch noch einen Zivilisten zu dieser Versammlung zu entsenden und daß der Herr Regierungsvertreter, der grümmig wie Cerberus die Tore der tschechischen Demokratie bewachte, den Genossen Deutsch zweimal unterbrechen ließ und mit der Auflösung der Versammlung drohte, weil der Redner auch über die Tschechoslowakei ein paar Worte sich zu sagen erlaube. — Genosse Deutsch, der mit seinen Ausführungen und auch für die Art, wie er den Herrn Regierungsvertreter abführte, stürmischen Beifall fand, sagte ungefähr:

Der Fascismus ist keine spezifisch italienische Erscheinung, sondern nur eine Ausdrucksform der Reaktion und, mit Veränderungen, auch in einer Reihe anderer Länder anzutreffen. Wie entstand der italienische Fascismus? Zum Teil hat er seinen Ursprung in der Person Mussolinis, mit dem während des Krieges urplötzlich eine Wandlung vor sich ging, indem er, der Sozialdemokrat, auf einmal für den Eintritt Italiens in den Krieg Stimmung machte und eine, zunächst allerdings unbedeutende neue Partei gründete, deren Politik sich von der der Nationalisten kaum unterschied, durchaus imperialistisch war. Nach dem Kriege nun machte Mussolini eine neue Gründung, keine Partei, sondern eine Truppe, den „Bund der Kriegsteilnehmer“, der sofort die Aufmerksamkeit der italienischen Bevölkerung auf sich zog, da hier zum ersten Male in die politische Arena militärisch organisierte, bewaffnete Bataillone einmarschierten, die sich außerdem noch mit einer gewissen Mystik und Symbolik umgaben. Die Forderungen, die diese Truppen, die Faschisten, aufstellten, unterschieden sich gar nicht von dem, was sonst die überall radikalen, durch den Krieg entwurzelten Elemente verlangten. Nur die militärische Form, in der die „Faschisten“ auftraten, war originell und übte ihre Anziehungskraft aus. Das allein hätte aber noch nicht genügt, ihnen die nachmalige Bedeutung zu verschaffen, wenn nicht noch etwas völlig Neues hinzugegetreten wäre: Die Faschisten waren größtenteils frühere Reserveoffiziere, die ihren Beruf, ihre Existenz, ihre Geltung eingebüßt hatten und sich um die Früchte des Sieges geprellt sahen. Sie suchten nach einem Betätigungsfeld, und da sie mit den Verhältnissen im Lande unzufrieden waren, suchten sie sich zu erheben, im Inland das Beispiel, das d'Annunzio in Fiume gegeben hatte, nachzuahmen. Dazu kam, daß sie neidisch

auf das Proletariat blickten, das sich damals in Italien machtvoll durchgesetzt hatte, dessen kommunistischer Teil aber allerdings über die ökonomische Basis der Revolution hinaus zur direkten Aktion schritt. Die Regierung, zum starken Teil sozialistisch, trat den Arbeitern nicht entgegen, die Kapitalisten aber hatten brennendes Interesse daran, daß die gefährdete „Ordnung“ wieder hergestellt werde. Zum Teil sinnlose Streiks erfüllten die ganze nicht proletarische Bevölkerung Italiens mit Abneigung gegen die Arbeiterschaft. Da zeigte sich nun, was später auch in anderen Ländern zutage trat:

Wenn der Staat sich zu wenig imstande oder geneigt zeigt, seine Gewalt mit aller Brutalität gegen das Proletariat anzuwenden, dann greifen die Kapitalisten zu einer Art Selbsthilfe. Und diese eigene organisierte Gewalt der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse, das ist der Fascismus.

Die italienische Kapitalistenklasse konnte dies um so leichter tun, als ihr dazu die bereits militärisch organisierten Schwarzhemden zur Verfügung standen. Die Kapitalisten nahmen diese in ihren Dienst und bezahlten sie für den Kampf gegen die Arbeiterklasse. Damit bekam der Fascismus einen neuen Inhalt und einen besonderen Schwung. Hatte man Mussolini bisher nicht ernst genommen, so wurde er jetzt Führer der infolge der Aussicht auf Bezahlung anwachsenden Faschistenscharen, er wurde als der „starke Mann“ gepriesen, der mit blutiger Faust „Ordnung“ im Lande machte und sein Werk mit dem Marsch auf Rom krönte. Die Unordnung der Revolution war, wie das ja immer zu sein pflegt, ein Rinderpiel gewesen gegen die Ordnung, die die Konterrevolution machte.

Wieso war es nun möglich, daß die ungeheuren Verbrechen und Blutaten des Fascismus sich ereignen konnten, ohne daß das Proletariat ernsthaft Widerstand zu leisten imstande war? Das ist mit der Schwächung des Proletariats durch seine Spaltung, mit den natürlichen Rückschlägen nach den Uebergriffen bei der Aktion nicht allein erklärbar.

Die Hauptursache der proletarischen Niederlage in Italien war der typisch proletarische Pazifismus.

Das Proletariat ist überall antifaschistisch und antimilitaristisch gesinnt und wird dadurch leicht pazifistisch, stellt seine Sache ganz auf den legalen Weg. Die Gewalttätigkeit ist dem Proletariat im Wesen fremd, und es kommt dadurch leicht zu der Anschauung, daß es seinen Weg durchaus ruhig nehmen könnte und müßte. Aber im Ringen der Revolution mit der Konterrevolution offenbart diese pazifistische proletarische Einstellung ihre Gefahr. Das hat sich im Kampfe der italienischen Arbeiter gegen den Fascismus gezeigt. Das italienische Proletariat, keineswegs feig, hat sich nicht ohne Gegenwehr ergeben, aber es lehnte sich auf nur in Einzelhandlungen oder höchstens in Aktionen unorganisierter Pausen. Die Aktion der Verteidigung war nicht organisiert und nicht getragen von der Ueberzeugung des ganzen Proletariats, daß es seine sittliche Pflicht sei, sich zu weh-

ren. Man glaubte, daß der Fascismus nur eine vorübergehende Erscheinung sei —, aber in wenigen Jahren eroberte sich der Fascismus ganz Italien.

Vom Standpunkt der Strategie des Klassenkampfes ist also die Niederlage des italienischen Proletariats daraus zu erklären, daß die Faschisten militärisch organisiert und diszipliniert, die Arbeiter aber militärisch nicht gerüstet waren. Deshalb mußte die italienische Arbeiterschaft unterliegen. Das ist aber durchaus nichts spezifisch Italienisches, sondern gilt allgemein und D e i t s c h l a n d ist ein Beispiel dafür, daß sich diese Strategie des Klassenkampfes, richtig angewendet, zum Vorteil des Proletariats auswirken kann. Auch in Oesterreich stand die Arbeiterschaft mehrmals vor ernst reaktionären Gefahren. Aber die österreichischen Sozialdemokraten hatten die Wehrmacht, die sie nach dem Umsturz aufstellten, so organisiert, daß sie im Ringen zwischen Revolution und Konterrevolution auf Seiten des Proletariats stand. Wir haben selber die Waffen ergriffen. Der Unterschied zwischen unserem Militär und dem alten Militarismus ist der, daß dieser ein Machsinstrument der herrschenden Klassen war, während unsere Soldaten Soldaten des arbeitenden Volkes und der Revolution waren. So blieb es, so lange wir in der Regierung waren. Hernach entstand sofort eine schwierige Situation, als das Burgenland zu besetzen war und unsere Truppen die konterrevolutionären Barden Horthys und der Sabburger entgegentraten. Für uns war der Kampf um das Burgenland nicht nur ein Kampf gegen die Monarchie, gegen die Reaktion, für die Republik und für die Revolution. Zur gleichen Zeit erhob sich aber im Innern unseres Landes die Reaktion, laufende ehemalige Offiziere und Unteroffiziere, Monarchisten und Nationalisten warteten nur darauf, sich auf uns zu stürzen. Es wäre falsch gewesen, dieser Gefahr im Innern nichts entgegenzusetzen. Darum stellten wir, während unsere Soldaten gegen die Truppen Horthys kämpften, im Innern die „Ordnungsorganisation“, den späteren „Republikanischen Schutzbund“ auf, die entschlossen waren, wenn es notwendig sei, Gewalt gegen Gewalt zu setzen.

Genießt man kann den Sozialismus nicht auf den Spitzen der Bajonette herbeiführen, er kann nur kommen im Laufe einer bestimmten wirtschaftlichen Entwicklung. Aber wenn man den friedlichen Weg des Proletariats vor Gewalttaten der Reaktion bewahren will, muß man die Reaktion mit ihren Mitteln bekämpfen.

In Oesterreich haben wir die faschistische Gefahr mit Erfolg abgewehrt, weil wir, ganz abgesehen davon, daß wir untereinander einig waren, eine antifaschistische Organisation aufstellten und entschlossen waren, uns mit allen Mitteln zu wehren. Von dem Tage dieses unseres Entschlusses an war die Reaktion nicht mehr imstande, sich gegen uns durchzusetzen. Und so wie in Oesterreich, so haben auch anderwärts die Reaktionen immer sofort ihre Courage verloren, sobald das Proletariat begann, sich organisiert zur Wehr zu setzen. So war es auch in Deutschland, wo das Reichsbanner Schwarz-rot-gold, wenn auch in seiner Zusammensetzung von unserem „Republikanischen Schutzbund“ unterschieden, im Wesen doch auch nichts anderes darstellte, als die organisierte Tatbereitschaft. Auch dort ist durch die organisierte Gegenwehr die drohende Reaktion zurückgetrieben worden. Die Erfahrung zeigt, daß kein Land, in dem das Proletariat eine gewisse Macht erlangt hat, auf die Dauer vor der Gefahr des Fascismus bewahrt bleibt. Das zeigt sich in Frankreich, in Belgien, ja selbst in England. Ueberall dort gibt es faschistische Organisationen, die im Dienste der Kapitalistenklassen stehen.

Der Kapitalismus greift überall an einem gewissen Punkte der Entwicklung, wenn er sich vom Sozialismus bedroht fühlt, unter Mithilfe der Demokratie zur Gewalt.

Gewisse analoge Schlüsse hierüber sind auch für die Tschechoslowakei möglich. Man kommt sich, wenn man hier im Lande herumgeht, gewissermaßen wie im Traum vor. Schon an der Grenze das Militär, dann gleich bekommt man konfisierte Zeitungen zu Gesicht, liest von konfiszieren Interpellationen (die es nicht einmal im alten Oesterreich gab).

Genosse Deutsch kehrt daraufhin wieder zur allgemeinen Behandlung der Frage zurück und schließt seine Betrachtungen etwa so: Das Proletariat ist durchaus im Rechte, wenn es friedlich gesinnt ist. Wir sind auch heute durchaus friedlich eingestellt und dürfen nicht nach den Vorbeeren irgendwelcher Gewalt. Aber trotz seiner friedlichen Ueberzeugung muß das Proletariat bereit sein, seine Friedensliebe auch zu verteidigen, für sein Opfer zu bringen. Der proletarische Pazifismus muß ein militanter Pazifismus sein. Das große Ideal des Pazifismus wird nur verwirklicht werden können, der Sieg der Arbeiterklasse wird nur dann möglich sein, wenn es entschlossen ist, sich und seine friedlichen Wege gegen jede faschistische Reaktion zu verteidigen. Ich bin überzeugt, daß die Lehren der Weltgeschichte sich schließlich dem Proletariat aller Länder einprägen werden, und daß auch in diesem Lande, wo die Frage des Sozialismus immer in Ehren getragen wurde, die Begeisterung für den Sozialismus neu aufleben wird an dem großen Ziele, und daß überall das Proletariat seine Methoden finden und anwenden wird, die mächtig und notwendig sind. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Tagesneuigkeiten.

April.

Von Viktor Kalinowski.

Es trachten nach der Herrschaft im April
Zwei unverföhlich ringende Parteien,
Indes die eine weiter herrschen will,
Will sich die andere jach von ihm befreien.

Die eine ficht mit Nebel, Nacht und Schnee,
Mit Wind und Regen, Sturm und Hagelschauern.
Der alten Ordnung unwechsvolles Weh
Will länger noch im Tal der Armut lauern.

Die andre jung an Kraft, ergötzt sich nicht,
Ihr Triebkraft schäumt aus grüchenden Potalen,
Den Feind unflutet sie mit hellem Licht
Und blendet ihn mit milden Sonnenstrahlen.

Am Ende siegt die junge Lichtpartei,
Die Nachtpartei entflieht in ihre Gräfte.
Mensch, Tier und Pflanze atmet froh und frei
Und freudelieder psalmen durch die Lüfte.

So ringen immerwährend im April
Zwei unverföhlich ringende Gewalten.
Die junge Kraft, die sich behaupten will,
Kann Schwung und Antrieb nur im Kampf ent-
falten.

Autounglück bei Aulfig.

Der Chauffeur tot.

Aulfig, 1. April. Bei der steilen Krümmung von Krammel zu der Eisenbahnbrücke, wo sich schon viele Unglücksfälle ereigneten, stieß heute um 23 Uhr das Automobil des Braubauers Großpriesen gegen das Straßengeländer, zertrümmerte dieses und stürzte auf das Elbufer herab. Der Chauffeur blieb unter den Trümmern des Wagens tot liegen. Sein Reiseführer konnte noch rechtzeitig abspringen.

Regierungsvertreter in Ver- sammlungen — einft und jetzt.

Auch ein Beitrag zur Kennzeichnung der
reaktionären Wandlung.

Der allgemeine Aufschwung, den die tschechische Demokratie gerade in der letzten Zeit nimmt, hat auch jene besonderen Erscheinungen. Und zu diesen gehören die Herren Regierungsvertreter, ohne die man sich eine öffentliche Versammlung, zumal eine Arbeiterversammlung, beziehungsweise schon kaum mehr vorstellen kann. In fast allen unseren Versammlungen, die unmittelbar unter dem Eindruck der Sprachenverordnungen zusammentraten, und noch mehr bei allen unseren Kundgebungen, die jetzt, um den 28. März, stattfanden, erschienen uniformierte Vertreter der Regierung, zuweilen auch in Begleitung eines oder mehrerer Dekretive, aber nicht etwa, um der Regierung die Klagen und Not-schreie der Massen gegen wirtschaftliches, politisches und nationales Unrecht übermitteln zu können, sondern um das Maß der tschechoslowakischen Freiheit der Meinungsäußerung festzusetzen, die Kritik zu unterbinden, bei jeder passenden oder auch unpassenden Gelegenheit mit der Auflösung der Versammlung zu drohen, Zwischenrufer zur Ordnung rufen zu lassen, den Vorsitzenden an die Stände zu legen und womöglich die Versammlungen auch tatsächlich aufzulösen.

Nun, die Aufgabe, die den Regierungsvertretern in tschechoslowakischen Versammlungen gestellt ist, dürfte sich im wesentlichen nicht sehr von den Aufgaben ihrer verflochtenen österreichischen Kollegen unterscheiden. Ein sehr beträchtlicher Unterschied aber liegt in der Art des Auftretens. Die tschechischen Regierungsvertreter umgeben sich mit einer Atmosphäre, mit der verglichen die doch gewiß sehr stidige Luft österreichischer Innenpolitik noch wie eine Art frischen Windes in der Erinnerung haften geblieben ist. Gewiß, die Arbeiterschaft hat mit österreichischen Versammlungsbeamten so manchen Strauß zu bestehen gehabt, aber im allgemeinen waren sich diese Herren in der 1. 1. Aera sehr wohl der traurigen Rolle bewußt, die sie in höherem Auftrage zu spielen hatten und von der sie sich zuweilen auch zu drücken versuchten, wenn es nur halbwegs ging. Wir sehen sie noch vor uns, diese Abgeordneten der 1. 1. Bezirkshauptmannschaften, die sehr höflich und liebenswürdig, oft geradezu bescheiden, auf der Tribüne saßen und ihr Protokoll mit einem Gesichtsausdruck niederschrieben, der zu sagen schien: „Entschuldigen Sie, geschätzte Versammlungsteilnehmer, daß ich auf der Welt bin!“ — Gau; anders der Typus jener Regierungsvertreter, mit denen wir es jetzt gewöhnlich zu tun haben: das kommt, strotzend von Würde, forsch wie ein Offizier und grimmig wie ein längerdienender Feldwebel, in die Versammlung, legt zuweilen gar keinen Wert darauf, sich dem Referenten vorzustellen, entfaltete seinen Protokollbogen wie bei einem hochnotpeinlichen Verhör, belauert den Redner, jederzeit bereit, strafend einzugreifen, und erhebt das Auge nur, um grimmige Blicke gegen Versammlungsteilnehmer auszuwerfen, die unvorsichtig genug sind, ihren Sympathien und Antipathien sichtbar oder gar hörbar Ausdruck zu verleihen. Wie ganz besonders nicht Entösterreichung, sondern eher Ueberösterreichung in der tschechischen behördlichen Versammlungspraxis zu bemerken ist, wird dann klar, wenn, wie beispielsweise in der Prager Versammlung des Wiener Genossen Deutsch, neben dem uniformierten Regierungsvertreter noch ein Polizeibeamter in Zivil am Rednerische sich breit macht. Ob das hauptsächlich deswegen geschieht, damit im Bedarfsfalle durch zwei e r

Die „Volksgemeinschaft“ in der Pragis.

Ein vertrauliches Rundschreiben der nordböhmisches Bauunternehmer, die
Pflichtigen zu entlassen. — Sogar „Der Tag“ entläßt.

Daß den Herren Unternehmern an dem Schicksal ihrer Arbeiter nicht allzuviel liegt und daß sie diese ohne Gewissensbisse der Arbeitslosigkeit und ärgsten Not preisgeben, wenn ihr fetter Unternehmerprofit in Krisenzeiten etwas in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, ist nichts neues. Einen schmerz zu überbietenden Höhepunkt dieses kranken Unternehmeregoms stellt ein vom „Tag“ gestern veröffentlichtes Rundschreiben des Unternehmerverbandes im nordböhmisches Baugewerbe dar, das folgenden Wortlaut hat:

Arbeitergeberbund
für das nordböhmisches Baugewerbe, Geschäftsstelle
Auffig a./E., Dr. Hasnerstr. 20.

Zahl: 960/A Auffig, den 18. September 1925.

An alle Mitglieder!

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Vermeidung von Entgeltansprüchen jene Leute sofort zu entlassen sind, welche heuer zur Assentierung kommen, nachdem ansonsten mindestens für die Hinreise Entgelt zu zahlen ist.

Wir machen aufmerksam, daß die Entlassung ohne weiteres gültig ist, weil bezüglich der Einrückung zur Präsenzdienstleistung keine Schutzfrist läuft.

Hochachtungsvoll:

F. b.

Arbeitergeberbund f. d. nordböh. Baugewerbe,
Geschäftsstelle Auffig.

Der Sekretär:

L. Schrittwieser m. p.

Dafür verdient der Sekretär Schrittwieser, der dies ausgeklügelt hat, unstrittig eine Belohnung von seinen Arbeitgebern, denn höher kann er die jarte Rücksichtnahme auf den Geldbeutel seiner Professorenschön nicht mehr treiben. Weil einige der jungen Leute, die zur Assentierung gehen müssen, vielleicht ein paar Heller an Fahrspesen zu fordern hätten, sollen kurzerhand alle diese Leute herausgeworfen und auf die Straße gesetzt werden.

Leider ist zu erwarten, daß dieser Wink nicht ohne Wirkung bleiben wird und daß die Bauunternehmer in den nächsten Wochen mit solchen

Zengen Mund hohenerorts die Wahrheit kund werde oder ob dieser weite Mann mehr die Aufgabe hat, für möglichst rasche Verständigung der Polizei zu sorgen, wissen wir nicht. Die tschechoslowakische Pragis wird aber wohl schon dafür sorgen, daß das Geheimnis dieser Doppelbesetzung gelegentlich gelüftet werde. Jedenfalls kommt auf diese Weise den Staatsbürgern dort, wo sie ihr verfassungsgemäßes Recht üben, sich zu versammeln, der ganze Fortschritt und die staunenswerte Entwicklung der tschechischen Freiheit und Demokratie ungewidert zum Bewußtsein.

Die Militärwache am hl. Grabe.

Jedem, der einmal einige Jahre Religionsunterricht in der Schule durchmachen mußte oder der sonst in der Geschichte des sogenannten „Neuen Testaments“ Bescheid weiß, wird sich daran erinnern, gehört oder gelesen zu haben, daß unterm Kreuze auf Golgotha die Soldaten um die Kleider des Gefreuzigten wülfelten. Es waren demnach damals vor etwa 1893 Jahren (Jesus soll ja im Alter von ungefähr 33 Jahren gekreuzigt worden sein) die bewaffneten Stützen der herrschenden Gesellschaftsordnung, dem Zimmermannssohn aus Nazareth nicht sonderlich gut gesinnt. Die römischen Soldner mochten wohl um ihr beutereiches Dasein bangen, wenn die Worte Christi die Massen in Bewegung zu setzen imstande waren, sie waren daher sicherlich genau so folgsame Untergebene wie heute die Fremden, als es galt, auf Golgotha ganze Arbeit zu verrichten.

Unser Religionsprofessor in der Untermittelschule gab sich keine Mühe, um die Zusammenhänge aufzuklären, die zwischen der Militärrassensitz auf Golgotha und den aufrührerischen Lehren Christi bestanden. Er belieh uns vielmehr in dem Glauben, daß es nun einmal zum Aufgabekreis von Soldaten gehöre, stets dabei zu sein, wenn jemand auf gefühmähige Weise aus dem Leben gewaltsam hinausbefördert werde.

Nun befand sich (oder befindet sich vielleicht heute noch) in meiner Vaterstadt eine sogenannte Garnisonskirche. Am Karfreitag war natürlich auch in dieser Kirche ein hl. Grab aufgestellt. Auf gar seltsame Weise: im Vorderraum der Seitenkapelle, die das hl. Grab beherbergte, ragten Gewehrpyramiden in die Höhe; Pyramiden aus modernen und solche aus uralten, einige Meter langen Schießprügeln. Woraus das hl. Grab selbst zusammengesetzt war, konnte man niemals so richtig sehen. Es bligten da Säbel, Kanonenrohre und sonstiges Eisenzeug, und vor all dieser schimmernden Herrlichkeit standen unbeweglich zwei Soldaten Posten. Als halbwüchsigen Jungen machte es mir immer Spaß, zu beobachten, wie andächtig die Bauernmädchen aus den Vororten nicht vielleicht das hl. Grab, sondern stundenlang die beiden Wapposten anstarrten. Doch das nur nebenbei.)

Dieses waffenstarrende hl. Grab erregte in mir immer ein unsicheres Gefühl. Bergedens grübelte ich damals darüber nach, warum Soldaten die Ehrenwache vor dem symbolischen Grabe eines

Entlassungen vorgehen werden. Ebenso sicher ist es aber, daß diese unerhörte Unternehmerbrutalität auf den schärfsten Widerstand unserer gewerkschaftlichen Organisationen stoßen wird, die sicher alles unternehmen werden, um die betroffenen jungen Leute zu schützen.

Eine besondere Würdigung verdient aber auch der Kommentar, den „Der Tag“, das Hauptorgan der Fakenkreuzler, an diese Meldung anknüpft. Er macht da Entdeckungen, über die jedem Fakenkreuzler wirklich die Haare zu Berge stehen müssen. Es tut ihm ja leid, die Unternehmer, die sonst ganz gute „Volksgenossen“ sind, bloßstellen zu müssen, aber dennoch kann er nicht umhin, dieses Verhalten der Unternehmer als „Volksverrat“ zu bezeichnen, dessen sie sich eigentlich schämen müßten. Auf diese Weise könne man die Arbeiter nicht „national erziehen“ und das sei eigentlich „der bornierteste Klassenstandpunkt und die engherzigste Geldsackpolitik“.

Wir begrüßen es gewiß mit Freude, daß das Zentralorgan einer angeblichen Arbeiterpartei doch langsam daraufkommt, daß die von ihnen so hoch gepriesene „Volksgemeinschaft“ für die Unternehmer beim Geldbeutel ganz unvermittelt aufhört, aber wir glauben diesen gelegentlichen Seitenhieben des „Tag“ nicht recht. Gerade die Nationalsozialisten gehen mit den Bürgerlichen sonst immer in engster Gemeinschaft durch dick und dünn und weikern gegen die Sozialdemokraten, die mit dem Schwindel von der Volksgemeinschaft nie etwas zu tun haben wollten. Da müßte die Partei des „Tag“ sich schon ganz anders umstellen, wenn ihr auch nur ein einziger Arbeiter glauben sollte, daß die eben zitierte Schreibweise des „Tag“ gegen die Unternehmer von wirklicher Ueberzeugung diktiert ist. Wahrscheinlich ist dieser forsche Ritt gegen den Unternehmergeldsack nicht ganz ohne Absicht gerade in der 1. Aprilnummer vollführt worden. Gelegentlich muß man doch wieder einmal so tun, als ob man Arbeiterinteressen vertrete, und wenn die angegriffenen Bürgerlichen sich darob entrüstet sollten, so kann man sie ja leicht mit dem Hinweis beruhigen, daß dies Aktade eben nichts als ein Aprilscherz war.

Aufrührers beziehen, den feinerzeit ihre Kollegen aus der gleichen Branche gekreuzigt und um dessen Kleider sie gewürfelt hatten. Meine Lehrer in der Schule wüchten mir keine Antwort auf diese Frage zu geben. Ich müßte die Antwort selbst finden ...

Glanzleistungen der Brüner Zensur. In dem Brüner kommunistischen Wochenblatt „Pravda“ wurden vor kurzem zwei Aufsätze konfiszieren, die beide ganz unbehindert von der ja auch andernorts nicht gerade sanften Zensur in einer Reihe kommunistischer Blätter erschienen. Bei dem einen Aufsatz war die Sachlage aber so, daß er einige Tage vorher von der „Kobonst“ unkonfiszieren abgedruckt, also von demselben Zensur anstandlos durchgelassen wurde. — Die Staatsanwaltschaft war aber mit dieser Heldental nicht zufrieden und zitierte den verantwortlichen Redakteur der „Pravda“, Konecny, vor Gericht, das ihn dieser Tage wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obforge zu vierzehn Tagen Arrest unbedingt verurteilte.

Völkische Gestalten. Vor dem gemeinsamen Schöffengericht in Dresden begann am Dienstag, den 30. März der auf zwei Tage berechnete Prozeß wegen der Unterschlagungen beim sächsischen Volksofper. Angeklagt sind Dr. Walter Meißner-Hamburg, Hauptmann Vöfller-Dresden, Buchhalter Gründel-Coswig und die Kontoristin Langguth-Dresden. Meißner und Vöfller haben teils allein, teils gemeinsam insgesamt über 88.000 Mark, die dem sächsischen Volksofper für arme Leute gespendet worden waren, veruntrent. Sie haben dem Jungdeutschen Orden, dem Weivolf, dem Stahlhelm, dem Hochschulring deutscher Art und dem sächsischen Lehrerverein Darlehen und Geschenke von 500 bis 3100 Mark gemacht usw. — 88.000 Mark sind immerhin ein nettes Sünmchen — in tschechischer Währung 706.000 Kč — um diese Summe wurden arme notleidende Menschen betrogen, betrogen von völkischen Ehrenmännern, die die Gelder den völkischen Mordorganisationen zuwendeten. Um was für völkische Prachtexemplare es sich im vorliegenden Falle handelt, darüber gibt die Person des Dr. Meißner Aufschluß: Meißner, der auch Nachschriften fälschte, leitete den wirtschaftlichen Nachschubdienst des Verbandes sächsischer Industrieller. Dieser Dienst war nach Meißners Angabe ein rein politischer Dienst gegen Sozialdemokraten und Kommunisten. Dr. Meißner nannte sich auch Rittmeister und trug den Hohenzollernschen Hausorden, obwohl ihm weder das eine noch das andere zustand. Auch als alter Herr der Capoboruffen gab er sich fälschlich aus. Nach Erstattung der Anzeige und nachdem seine Verwandten in Lamburg Hilfe abgelehnt hatten, flüchtete Dr. Meißner nach Innsbruck, von wo ihn seine Frau nach Italien brachte. Dort verhaftete ihn ein Dresdener Polizeibeamter. — So sehen die völkischen Selbstgestalteten aus! Warum bringt der „Tag“ über diese Dinge keine Zweispalter?

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen Samstag:

Prag: 11.30 Landwirtschaftsfunk und Nachrichten, 11 feierliche Sitzung der Nationalversammlung, 12 Zeitsignal, 16 Uebertragung aus dem Nationaltheater in Prag „Die Meisterfinger von Nürnberg“, 22 Zeitsignal und Nachrichten. — Brunn: 19 Konzert, 20.10 Gesangskonzert. — London: 17 Konzert, 17.45 Tanzmusik, 19 Tongruppe, 20.25 Beechovens Klavierkonzert, 21 Bunter Abend, 23.30 Tanzmusik. — Paris: 13.30, 17.45, 21.30 Konzerte. — Berlin: 16.30 Nachmittagskonzert, 18.35 Esperanto, 20.30 Konzert. — Stuttgart: 16 Konzert, 15 Kindernachmittag, 16 Nachmittagskonzert, 18.30 Dramaturgische Funksunde (Oper), 19.30 Morsekurs, 20 Kammermusik. — Leipzig: 12 Mittagsmusik, 16 Nachmittagskonzert, 17 Konzert, 19.30 Johannes-Passion. — Breslau: 12.30, 13.45 Konzerte, 16 Stunde mit Büchern, 17 Solisten-Nachmittag, 20.15 Symphoniekonzert. — München: 20 Symphoniekonzert. — Frankfurt: 15 Die Stunde der Jugend, 15.30 Konzert, 18.15 Die Feststunde, 20.15 Konzert. — Wien: 17.30 Uebertragung aus der Wiener Volksofper „Barfifal“. — Zürich: 15, 16, 18.15, 20.30 Konzerte.

Wellenlängen der Stationen: Prag 938, Brunn 521, London 365, Paris 1750, Berlin 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau 418, München 483, Frankfurt 470, Wien 530, Zürich 515.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife. Wie wir bereits berichtet haben, befindet sich unter den Plänen des Finanzministeriums auch ein solcher auf Erhöhung der Eisenbahntarife um 22 Prozent, also ein volles Viertel. Das „Pravdo Slovo“ hat nun ungefähr vor 14 Tagen Erkundigungen eingezogen, ob diese Erhöhung tatsächlich eintreten wird. Dem Blatte wurde aber mitgeteilt, daß dies nicht der Fall sein wird, denn es werde zur Bedeckung der erhöhten Staatsbeamtengehälter eine andere Quelle gefunden werden. Nun erfährt man, daß einzelne Eisenbahndirektionen und zwar Prag-Süd und Königgrätz einen Erlaß herausgegeben haben, die Stationen mögen neue Fahrkarten außer dem notwendigen Bedarf nicht bestellen, denn nach Mitteilung des Eisenbahnministeriums kann vom 1. April an eine Verteuerung der Personentarife erwartet werden. Was also das Finanzministerium wirklich plant, ist unklar. Hoffentlich hat das Eisenbahnministerium die Stationsvorstände nicht in den April schicken wollen.

Physikatsprüfungen für Ärzte. Die Frist zur Eingabe von Gesuchen zwecks Zulassung zur ärztlichen Physikatsprüfung in der Frühjahrsperiode 1925 endet am 15. April d. J. Die Gesuche sind im Einlaufprotokoll der poltischen Landesverwaltung in Prag III., Malostronske nam. einzureichen.

Die Insel der Seligen ist unbestreitbar das statistische Staatsamt. Während die Bevölkerung unter der Teuerung aller Waren leidet, wird es dort immer billiger. So ist nach den Berechnungen des Amtes der Index der Großhandelspreise von 950 im Feber auf 938 im März gesunken.

Die Genidstare beim Militär. Zu der von uns in der Nummer 73 vom 26. März l. J. abgedruckten Interpellation der Senatoren Joffl und Genossen wird uns vom Kommando der 1. Zusammendivision geschrieben: Zur Notiz „Die Genidstare beim Militär“ in Nr. 73 Ihrer werthen Zeitschrift vom 26. März l. J., in welcher unter anderem berichtet wird, daß die Genidstare in der Garnison Troppau in großem Maße aufgetreten zu sein scheint, erlaube ich mir Ihnen nach amtlicher Untersuchung mitzuteilen, daß in der Garnison Troppau nur ein einziger Fall von Genidstare festgestellt wurde, der leider mit dem Tode endete. Es handelt sich in diesem Falle um den Soldaten O. Boralek, der Gebirgsartillerie, Abteilung 258. Weitere Erkrankungen an Genidstare sind beim Militär in Troppau nicht aufgetreten. Sämtliche Sicherheitsmaßnahmen gegen die Verbreitung dieser Krankheit wurden durchgeführt. Bei einem zweiten Soldaten, der im Truppenhospital in Troppau darniederliegt, wurden Mafern konstatiert. Die übrigen gemeldeten 330 Fällen von Fieber und Kopfschmerzen bei Soldaten der Troppauer Garnison sind auf Erkrankungen der Atmungsorgane zurückzuführen, die besonders in der Uebergangszeit überall in größerem Maße verzeichnet werden.

Korruption bei einem christlichen Landarbeiterverband. Erst vor wenigen Wochen wurde im Femeauschuß des preuchischen Landtages nachgewiesen, daß christliche Landarbeiterführer vom Deutschen Arbeitgeberverband 5000 Goldmark erhalten haben, die später in den Besitz des Fremdenmörders Schulz gelangten. Jetzt taucht ein neuer Fall auf, der gegenüber dem Zentralverband christlicher Landarbeiter den Vorwurf der Korruption berechtigt erscheinen läßt. Während der Ruhrbesetzung gab die Reichsregierung bekanntlich allen Schichten der Bevölkerung finanzielle Hilfen. Dabei erhielt der Christliche Landarbeiterverband eine in Anbetracht seiner geringen Mitgliederzahl sehr hohe Summe. Aber das genügte den christlichen Landarbeiterführern nicht und im Jahre 1925 ließen sie sich von der deutschen nationalen Regierung noch 150.000 Goldmark auszahlen. Dabei hat der Christliche Landarbeiterverband während der Ruhrbesetzung überhaupt keinen erheblichen Widerstand geleistet. Was aus dem Geld, das er für „Wirtschaftsbeihilfen“ verlangt hat, geworden ist, bedarf dringend der Aufklärung.

Anstalt für Bücherkunde des Erziehungs-wesens in Wittau. Wir haben schon einmal über diese kulturell wichtige und nützliche Anstalt, die ihren Sitz in Wittau hat und mit deren Leitung der Lehrer Alois Wolf beauftragt ist, geschrieben. Ueber ihre Bestrebungen unterrichtet eine gutgeschriebene Werbeschrift „Die Bestrebungen der Anstalt für Bücherkunde des Erziehungs-wesens“. Die Anstalt ist gegenwärtig die wichtigste Forschungsstätte für das heimische Schul- und Bildungswesen. Sie sammelt alle älteren und neueren pädagogischen Bücher, Zeitschriften, Zeitungsausschnitte. Sie hat eine besondere Fachstelle für Schulstatistik eingerichtet, alle darauf bezüglichen Erhebungen über Massenbewegung, Schülerzahl, soziale Gliederung der Schüler für das Land Mähren fertiggestellt, für Schlesien und Böhmen vorbereitet. In der Schulausstellung in Mähr.-Trübau, in der Ausstellung „Das Kind“ in Troppau hat sie das Hauptmaterial beigelegt. Für das Jahr 1928 ist eine große Schulkonferenz in Aussicht genommen, welche alle mit dem Schulwesen zusammenhängenden Tätigkeiten in sich schließen wird. Der Anstalt, die so Wichtiges und Nützliches leistet, stehen nur wenig materielle Mittel zur Verfügung. Sie wendet sich häufig an alle Interessierten — Lehrers Eltern, Schulräte, Ortschulräte — um Unterstützung durch Gratzufwendungen von Schriften und Büchern, die in den Rahmen ihrer Sammlung passen. Sie hat sich aber auch an alle deutschen Ortschulräte gewandt, ihr durch regelmäßige Geldbeiträge zu einer gesicherten wirtschaftlichen Grundlage zu verhelfen. Nicht alle Ortschulräte haben sich zu diesen Gesuchen geäußert. Es wäre gut, wenn die sozialdemokratischen Mitglieder der Ortschulräte auf die Erledigung der Gesuche drängten, da alle Arbeiten der Anstalt wichtige Vorarbeiten für die Schulautonomie darstellen, für die wir als den wichtigsten Teil unserer nationalen Autonomieforderung kämpfen.

Kontrolle der Verkaufspreise für Mehl und Weißgebäck. Das Ministerium für Volksernährung hat an alle politischen Landesverwaltungen ein Zirkular erlassen, durch welches eine periodische Kontrolle der Detailverkaufspreise für Mehl und Weißgebäck eingeführt und den politischen Bezirksverwaltungen aufgetragen wird, zu diesem Zwecke eine ständige Kommission der Konsumentenvertreter und der betreffenden Gewerbetreibenden, namentlich der Bäcker, zu konstituieren. Diese Kommissionen sollen an einem bestimmten Tage jedes Monats am Sitze der Bezirksverwaltung zusammentreten, um die Mehl-, Brot- und Gebäckpreise zu bestimmen und über ein Einheitsgewicht zu beraten.

Der Zentralverein der deutschen Lehrerinnen in Böhmen hält am 18. April 1920 in Prag, Urania (Beginn 10 Uhr), seine ordentliche Hauptversammlung mit nachfolgender Tagesordnung ab: 1. Begrüßung. 2. Vortrag des Herrn Dr. Ernst Otto, Professors der Pädagogik an der deutschen Universität in Prag, über: Neue Strömungen auf dem Gebiete der Pädagogik. 3. Das Gehaltsgesetz (Referentin: Lehrerin A. Frau Antonie Jirle). 4. Berichte der Amtswalterinnen. 5. Wahlen. 6. Anträge.

Die Griechinnen dürfen wieder kurze Röcke tragen. Bekanntlich hat General Pangalos, der Tyrann von Griechenland, vor einiger Zeit das Tragen der kurzen Frauenkleider verboten. Er hat streng verordnet, daß jede Griechin, deren Rock mehr als dreißig Zentimeter über dem Boden endigt, einzusperren ist. Sei es, daß die griechische Moral seither schon genügend gefestigt ist, sei es, daß Pangalos, der sich jetzt zum Präsidenten der Republik wählen lassen will, den Unmut der Frauen fürchtet — kurz, der Diktator hat auf sein Kleiderdiktat verzichtet. In einer Athener Polizeiverordnung wird nämlich bekanntgegeben, daß das Dekret, das das Tragen kurzer Röcke untersagt, aufgehoben ist.

Flugverbot. Die beiden dänischen Flieger, die auf einem Flug nach Tokio begriffen sind, landeten Mittwoch in Kalkutta und haben die 800 Meilen von Agra nach Kalkutta in sieben Stunden zurückgelegt. — Der französische Flieger Rene Fond wird im Juni versuchen, ohne Unterbrechung von New York nach Paris zu fliegen. Die Flugmaschine ist von Sikorsky entworfen und wird mit drei 24 PS. luftgekühlten Motoren ausgestattet sein. Sein Flug wird von New York über Boston, Cap Breton und Cap Bonavista führen, dann über den Atlantik nach Cap Clear, Irland, Cornwall und Fairbourg-Havre nach Paris. Dies ist eine Entfernung von ungefähr 3660 Meilen.

Eine zehnjährige Räuberbande, die seit etwa sieben Jahren ihr Spiel trieb, konnte in Wien erbeutet und dingfest gemacht werden. Es werden den Räubern 70 Einbrüche mit einer Schadenssumme von eineinhalb Milliarden Kronen zur Last gelegt. Sie verstanden ihre Spuren stets glänzend zu verwischen, und ihr Haupthehler, ein gewisser Franz Lang, wußte sogar aus dem Erlös der gestohlenen Sachen sich ein derartiges Kapital zu schaffen, daß er ein angesehenen Fabrikant in Pottendorf wurde.

Zwei Sittlichkeitsverbrechen werden aus Schlesien berichtet: Die 51 Jahre alte Witwe A. K. dient bei einem Bauer in Langendorf, in dessen Haus sie auch eine Kammer als Schlafstätte benützt. Am 19. März, gegen 3 Uhr früh, wurde die Tür, die zu der Kammer führt, eingedrückt und ehe die schlaftrunkene Frau noch recht zum Bewußtsein gekommen war, war ein Mann in das Zimmer eingedrungen, warf der Frau das Bettzeug über den Kopf und vergewaltigte sie. Später tief er einen vor der Tür wartenden zweiten Mann ins Zimmer, der das Weib auch vergewaltigte. Die Frau gibt an, daß auch am 15. März in der Nacht ein Mann bei ihr eingedrungen sei. Damals sei sie munter geworden und habe um Hilfe gerufen, was einen im Hause anwesenden Mann veranlaßte, in die Kammer



Das Weberelend.

Handweberei in Schlesien

Im Dorfe Friedrichshain im Culengebirge findet man heute fast noch in jedem Hause die Handweberei. Ein Arbeiter erhält für 100 Meter gewebten Stoff den „hohen Lohn“ von 9.— M. Nur durch unermüdblichen Fleiß, nur wenn er von früh bis spät an der Maschine tätig ist, gelingt es ihm, 100 Meter in der Woche fertigzustellen. Außerdem entstehen ihm noch durch den Transport zirka 1.— Mark Unkosten, so daß er nicht mehr als zirka 8.— M. pro Woche verdient. — Diesseits der Grenzen ist's womöglich noch schlechter: hier gibt's Weber, die 30 Kronen in der Woche verdienen.

der Magd zu laufen. Der Zeuge dieses Vorfalles erklärte aber, er wolle mit der Sache nichts zu tun haben, so daß eine Anzeige nicht gemacht wurde. Aber der Eindringling wurde damals erkannt, so daß er jetzt verhaftet werden konnte. Es ist der 23jährige Ofenheizer Stefan Dröbner aus Hof, sein Komplize war der 25 Jahre alte Adolf Postulka. Sie wurden verhaftet und dem Gerichte eingeliefert. — Der 16jährige Josef L. aus Augezd, der in Schräpfeldsdorf bei Mähr.-Neustadt bedienstet ist, hat mehrermals zwei etwa 8 Jahre alte Mädchen auf den Boden gelockt und dort geschändet. Auch er wurde verhaftet.

Eine achtsöpfige Raskhünzerbande wurde von der Polizei in Hannover festgenommen. Sie hat seit längerer Zeit erfolgreich falsche Dreimarkstücke in den Verkehr gebracht, nach ihren eigenen Angaben etwa 900 Stück. In der Wohnung eines der Verhafteten fand man die Formen, das Material und eine größere Zahl der falschen Geldstücke. Sie sind in Hannover, Frankfurt a. M., Nürnberg und Kassel in Verkehr gebracht worden. Der Führer der Gesellschaft ist ein Maler, die anderen gehören zum größten Teil dem kaufmännischen Berufe an.

Ein beständiges Todesurteil. Der 25jährige Landwirt Josef Walejto wurde am 19. Jänner vom Schwurgericht Opatowitz wegen Mordes zum Tode verurteilt. Walejto hatte mit einer Bauerntochter ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Da er mit einer anderen verlobt war und ihm seine Eltern das väterliche Erbe zu entziehen drohten, beschloß er mit der Bauerntochter das Kind abzutreiben. Er traf sich mit ihr zu diesem Zwecke am 10. Juli v. J. Kurz nach der Zusammenkunft gab er zwei tödliche Schüsse auf das Mädchen ab und verscharrte die Leiche in einer Sandgrube. Der zweite Straffenat des Reichsgerichtes in Leipzig verhandelte am Montag die Revision. Nach langer Beratung wurde diese verworfen und das Todesurteil bestätigt.

Das Wohnungselend. Ein Bericht einer westdeutschen Strafanstalt zeigt, welchen Einfluß die Wohnungsverhältnisse auf die sittliche Entwicklung der Menschen haben. Von insgesamt 758 Strafgefangenen lebten nur 13, das sind 2 Prozent, in ihrer Jugend in Wohnungen, in denen zwei oder mehr Räume auf eine Person kamen, 154 Personen stammten aus Wohnungen, in denen auf je eine Person ein Raum kam. Alle übrigen Strafgefangenen haben ihre Jugend in kleineren erdärmllicheren Wohnungen verbracht. Diese Zahlen zeigen, wie ungeheuer wichtig die Wohnungsfrage vom erzieherischen Standpunkt zu betrachten ist. Als kürzlich im Reichstag auch das Wohnungselend zur Besprechung kam, war es der sozialdemokratische Abgeordnete Silberstein, der u. a. folgende Fälle vorgetragen hat: „Ein katholischer Priester wird zu einer Frau gerufen, die lange Stunden im Wochenbett liegt, die ihrer schwersten Stunde, inmitten von sechs erwachsenen Kindern, entgegen sieht. Die Familie hatte nur einen einzigen Wohnraum, der sowohl zum Kochen als auch zum Aufsitzen dienen mußte, so daß die Kinder, da sie wo anders nicht hingebbracht werden konnten, Zuhörer und Anseher der Dinge wurden, die sich da vollzogen. Als der Priester gerufen wurde und diesen Zustand sah, sprach er zu einigen sozialdenkenden Menschen gegenüber aus, daß sei ja ein nicht zu beschreibender Zustand, ob es denn nicht möglich sei, hier einen Ausweg zu finden. Wenige Gemeinden entfernter mußte eine Frau, die ebenfalls vor ihrer schwersten Stunde stand, und die ein einziges Zimmer mit acht Kindern bewohnte, in einen Stall gebracht und auf Stroh gelegt werden.“ Solche Zustände kommen nicht vereinzelt vor, sondern sind zu Dauerzuständen bei Tausenden von Familien geworden.

Beigische Arbeiterwehr gegen den Faschismus. Die Organisierung der gegen die faschistische Gefahr geschaffenen Arbeiterwehr in Brüssel macht rasche Fortschritte. Die ersten Sammelkassen zur Kostenbestreitung ergaben bereits weit mehr als 100.000 Frank. Große Summen wurden von den Gewerkschaften und Genossenschaften gezeichnet.

Kein Händedruck im Weißen Haus mehr. Aus Washington wird berichtet: Präsident Coolidge hat die Bitte, daß der Präsident der Vereinigten Staaten mit allen fremden Besuchern des Weißen Hauses am Osterfest einen Händedruck austauscht, beseitigt, da verschiedene Reisebureaus diesen berühmten Händedruck des Präsidenten der Vereinigten Staaten als eine besondere Attraktion in ihrer Reklame angezeigt hatten.

Ein grauenhafter Anschauungsunterricht gegen die Todesstrafe. Im jugoslawischen Marburg fand vor einigen Tagen die Hinrichtung zweier der Ermordung einer ganzen Familie und zahlreicher anderer Verbrechen überführter Räuber namens Franz Cic und Johann Flahtic statt. Während sich Cic, der ältere der beiden Männer, ziemlich gleichgültig in sein Schicksal ergab, erfolgte die Exekution des anderen unter geradezu grauenhaften Begleitumständen. Als er den Hof des Gerichtes betrat und den Galgen erblickte, an dem bereits sein Komplize hing, ging ein furchtbares Zittern durch seine Glieder und sein Gesicht wurde ganz blau. Er warf sich zu Boden und schlug mit seinem Kopf so lange gegen die Steine, bis er ohnmächtig wurde. Als er wieder zu sich kam, schleppten ihn die Genarmen einige Schritte näher zum Galgen. Aber er wehrte sich mit scharfer tierischer Leidenschaft der Verzweiflung. Sein Gesicht wurde blutig und die Augen aus den Höhlen herausgetreten. Er schrie: „Ich will nicht sterben! Ich will nicht sterben! Ich bin noch so jung und der Tod ist so schrecklich! Ich bereue meine Sünden! Ich werde mich bessern!“ Er heulte so laut, daß man das Geschrei weit über die Gefängnismauern hinaus vernahm. Als ihn die Genarmen in die Höhe heben wollten, schlug er mit Händen und Füßen um sich und biß seine Qualgeister in Hände und Gesicht. Es dauerte Minuten, bis der Scharfrichter dem Rasenden die Schlinge um den Hals geworfen und weitere Minuten, bis der junge Mensch am Galgen ausgehängt hatte. Der Richter verbeugte sich vor den hohen Gerichtsfunktionären, voila! — Das Werk war getan.

Weiterüberblick vom 1. April. Infolge der Abkühlung, die sich Mittwoch über die ganze Westhälfte des Staates ausbreitete, gingen die Nachmittags-temperaturen durchwegs unter 15 Grad zurück. Die Niederschläge hörten in diesen Gebieten auf; in den Nachmittagsstunden trat auch Bewölkungsbildung ein. In der Karpatenhälfte der Republik äußerte sich die Abkühlung nur im schwachen Maße. Die Nachmittagsmaxima erreichten stellenweise 10 Grad. Die Niederschläge beschränkten sich auf den äußersten Osten der Slowakei. Donnerstag früh nahmen in den Niederungen Böhmens und Mährens infolge nördlicher Ausstrahlung die Minima meist bis auf 0 Grad ab. Auf den Bergen und in der Osthälfte des Staates blieb es mild; um 7 Uhr früh meldet Eger 1, Prag 2, Brünn 3, dagegen der Oerth 6, Preßburg 11, Koschau 9 Grad. — **Wahrheitliches Wetter** von Freitag: Im ganzen schön, keine oder nur unbedeutliche Niederschläge, nachts kühl, tagsüber ziemlich mild.

Kufirol.

Kurz vor dem Marktsitz begann der ehemalige Heilgehilfe Kurt Kriep in einem kleinen Schuppen zu Großsalze bei Magdeburg die Erzeugung seines Kufirolpräparates, des unsehbarsten Heilmittels gegen Fühneraugen. Das Anfangskapital des „Dr. Unblutig“ bestand fast einzig aus einem Empfehlungsschreiben eines unbekanntem Sanitätsrates. Da kam die Inflationszeit und mit ihr eine ungeheure Verbilligung des wichtigsten Rohstoffes der Kufirolproduktion, nämlich der Zeitungsinserate. Das Kellamegenie Dr. Unblutig verstand es, die Situation auszunutzen. An Tausenden und Tausenden von Inseraten hämmerte er allen Deutschen das Wort Kufirol ein, das Präparat fand glänzenden Absatz. Aus dem kleinen Schuppen wurde das Kufirolgebäude der Kufirolwerke. Ein ganzer Park von Lastautos war notwendig, um die Kufirolpräparate von der Fabrik zur Bahn zu befördern, ein

eigenes Postamt mußte für Dr. Unblutig arbeiten. Die Stadt Salze machte ihren großen Sohn Kriep zum Ehrenbürger und benannte eine Straße nach dem Kufirol. In einem Jahrestag der Gründung der Fabrik veranstaltete Kriep einen Dankgottesdienst, bei dem ein Superintendent aus Magdeburg eine Festpredigt hielt. Es schien, daß die Kufirolwerke ewig blühen würden oder doch so lange, bis das Kufirol das letzte Fühnerauge des letzten Menschen geheilt haben würde. Da verstummte plötzlich die Kufirolreklame, und vergebens suchte man die medizinischen, soziologischen, politischen und philosophischen Betrachtungen Dr. Unblutigs in den Zeitungen. Bald erfuhr man, wo den Fühneraugensaniierer der Schuh drückte. Seitdem die Markt stabilisiert ist, verträgt sein Millionenunternehmen nicht mehr die Kellamekosten. Die Inserateninhaber der Kufirolwerke bei einem einzigen Berliner Zeitungsverlag sollen sich auf 300.000 Mark belaufen. Solche Summen lassen sich aus Fühneraugen nicht herauswinden. So ist denn über die Kufirolwerke die Geschäftsaufsicht verhängt worden. Die gläubiger Krieps werden ein blaues Auge davontragen, das nicht mit Kufirol zu heilen ist.

Aus der Kinderfreunde-

Jahresversammlung in Wien.

Im Hause der Bezirksvertretung Wien IX. versammelten sich am letzten Samstag und Sonntag die Vertrauensleute der deutschösterreichischen Kinderfreunde zu ihrer Jahresversammlung. Die deutschösterreichischen Vereine waren durch 97 Delegierte vertreten. Als Gäste nahmen teil: aus der Tschechoslowakei Genosse Sacher, aus Polen Genossin Kuzjinska. Die reichsdeutschen Genossen sandten Begrüßungsschreiben. Als Vertreter der Partei begrüßte Genosse Glöckel die Konferenz, der besonders den Kampf der Amerikaner um den neuen Lehrplan hervorhob. Genosse Sacher schilderte die schwierigen nationalen und politischen Verhältnisse in der Tschechoslowakei, unter denen die Partei zu arbeiten gezwungen ist. Selbstverständlich leidet auch darunter die Arbeit der Kinderfreunde; nur mit der größten Anstrengung ist es möglich, die Bewegung nach vorwärts zu bringen. Die Genossin Kuzjinska berichtete, daß die Arbeit der deutschösterreichischen Kinderfreunde auch in Polen Begeisterung ausgelöst und Anhänger gewonnen hat. In aller Kürze wird auch in Polen zur Gründung von Kinderfreundegruppen geschritten werden. Der Reichssekretär Genosse Jalkosky sprach ergänzend zu dem Jahresbericht, welcher gedruckt vorlag. Trotz der Wirtschaftskrise umfaßt die Organisation 85.000 zahlende Mitglieder, und die Zeitung „Kinderfreund-Schulfreund-Länderland“ kommt in einer Auflage von 90.000 Exemplaren heraus. Beispielgebend wirkten die Kinderfreunde bei dem Streik der Metallarbeiter in Steyer. In ganz kurzer Zeit wurde durch Sammlungen ein Betrag von 113.000 Schilling (565.000 K) aufgebracht und der Streikleitung für die Kinder zur Verfügung gestellt. Gegen die Absicht der Regierung, den neuen Lehrplan abzuwürgen, haben die Kinderfreunde in einigen Tagen 2.700 Protestresolutionen eingebracht. Die Kinderfreunde werden den Kampf Schulter an Schulter mit der Partei fortführen, bis zum endgültigen Siege. Über die Arbeit im zehnten Bestandjahre referierte Genosse Max Winter. Er stellte fest, daß die Zahl der Kinder, welche bis heute von den Kinderfreunden erfaßt sind, in keinem Verhältnis zur Zahl der Mitglieder steht. Da aber die Kinderfreunde in erster Linie ihre Arbeit in der Erziehung der Kinder für den Sozialismus erblicken, muß es Aufgabe aller Genossen und Genossinnen sein, den Schwerpunkt ihrer Arbeit dahin zu verlegen, die Arbeiterkinder in die Horde der Kinderfreunde zu bringen. Über Antrag des Referenten wurde beschlossen, „Mühlsteinbibliotheken“ und einen Bücherkreis zu schaffen. Viel interessantes und anregendes Material brachte das Referat des Genossen Tessarek über die Gründung von „Roten Falken“-Gruppen. An der Debatte nahmen fast die Vertreter aller Gauen teil. Leidenschaftlich wurde das für und Wider erwogen, aber alle Ausführungen von dem Wunsche getragen, für die Bewegung das Beste beizutragen. Beschlossen wurde hierzu folgender Antrag:

Unserer Organisation fehlt bei ihrer Erziehungsarbeit im Allgemeinen die aktive Anteilnahme der Arbeiterkinder. Die „Roten Falken“ sind der Versuch, einen bestimmten Kindertypus, das ihm gemäße Eigenleben, das sich unter noch so großen Schwierigkeiten immer und irgendwo durchsetzt innerhalb unserer Organisation zu sichern.

Damit wird durch die Spannung: „Kindliches Wesen — Schranken der Umwelt“ begründete Protest des Kindes vermindert.

Die sehr große Aktivität dieses Alters, die sonst vielfach ohne Beziehung zu den Zielen der Arbeiterklasse verwendet wird, kann auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade unseren Ideen dienstbar gemacht werden. Unsere sozialistische Erziehung wird dadurch nachhaltige Förderung erfahren.

Im Rahmen dieser Tagung hatte die Vereinigung sozialistischer Erzieher eine Ausstellung unter der Beize „Das proletarische Kind“ im Schönbrunner Schloß (dem heutigen Heim der Wiener Kinderfreunde) eingerichtet. Die jungen Genossen und Genossinnen dürfen auf diese Arbeit stolz sein. Tiefes Wissen und viel soziales Erkennen war Führerin und Leiterin bei ihrer mühevollen Arbeit. Die Ausstellung gab dem Besucher nicht nur einen Überblick über die Arbeit der Kinderfreunde, sondern zeigte auch auf die Gefahren hin, die das Arbeiterkind umgeben und welche gewaltige Arbeit die Kinderfreunde noch zu leisten haben.

Volkswirtschaft.

Ende eines Unternehmerräthchens.

Bei der Erörterung der Kohlenfrage in England wurde von interessierter Seite immer wieder darauf hingewiesen, daß die Durchschnittsförderung pro Kopf und Jahr in der Zeit von 1879 bis 1883 rund 319 tons (1 brit. ton = 1016 kg.), in der Zeit von 1889 bis 1893 rund 282 tons und 20 Jahre später, kurz nach dem Kriege, im Zeitraum von 1909 bis 1913 nur 257 tons betrug. Die Durchschnittsleistung fiel 1924 sogar auf 220 tons und 1925 auf 217 tons. Die Unternehmerräthchens führt diese Entwicklung darauf zurück, daß der Bergarbeiter in England heute nicht mehr so intensiv arbeite wie sein Vorgänger. Unter dem Einfluß der Unternehmerräthchens hat sich in weiten Kreisen der englischen Nation die Meinung eingefressen, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten des britischen Bergbaues in weitem Maße durch die Praxis des *ca'annu* (das ist die englische Bezeichnung für eine bestimmte Form der passiven Resistenz) zu erklären ist.

Schon ein Vergleich der Förderziffer des britischen Bergarbeiters mit der Durchschnittsleistung der europäischen bzw. amerikanischen Bergarbeiter ist geeignet, starke Zweifel gegenüber der Behauptung des britischen Unternehmertums hervorzuheben. Die Kohlenförderung pro Kopf und Jahr für die Hauptkohlenländer unterlag folgender Entwicklung:

Jahresdurchschnitt	Großbritannien	Frankreich (in tons)	Deutschland	Berechnigte Staaten
1874-1878	270	154	209	327
1884-1888	319	196	269	398
1894-1898	287	208	262	447
1904-1908	283	194	251	568
1914-1918	252	152	286	710
1919-1923	195	132	163	623
1924	220	149	209	655
1925	217	152	234	-

Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsleistungen in den einzelnen Kohlenländern sind so bedeutend, daß man sie unmöglich durch passive Resistenz oder bösen Willen der Bergarbeiter erklären kann. Vielmehr gehen die Unterschiede darauf zurück, daß die Arbeit der Bergarbeiter von sehr verschiedenen Produktionsfaktoren abhängt. Entscheidend sind vor allen Dingen die Art des Kohlenvorkommens (Gebirge usw.), die natürliche Ausstattung des Bergwerks selbst, die technischen Einrichtungen und die Leistungsfähigkeit der Betriebsleitung. Hier weisen die Voraussetzungen in den einzelnen Ländern derartige Verschiedenheiten auf, daß eine Vergleichung der bloßen Förderziffer Unsin ist. Die englische Kohlenkommission, die die Verhältnisse des englischen Bergbaues zu untersuchen hatte, ist in ihrem an die Regierung erstatteten Bericht gerade ausführlich auf diese Dinge eingegangen. Sie stellt u. a. fest, daß die größte Schachttiefe in den Vereinigten Staaten für den Abbau (bituminöser) Kohle 300 Meter, durchschnittlich aber nicht ganz 84 Meter beträgt. Außerdem haben in den Vereinigten Staaten nur ein Viertel aller Zechen überhaupt Schächte, während die übrige Kohle unter freiem Himmel vertikal abgebaut wird. In Großbritannien kommt aber mehr als die Hälfte der gefördert Kohle aus einer Tiefe von 260 Metern und ein Viertel der gefördert Kohle muß sogar aus einer Tiefe von über 450 Metern zutage gefördert werden. Selbstverständlich kann man angesichts solcher verschiedenen Voraussetzungen für die Produktion der Förderziffern nicht mechanisch vergleichen. Der Bericht der Kohlenkommission verweist auch darauf, daß eine mechanische Vergleichung der gegenwärtigen Leistungen pro Kopf der unter Tage Arbeitenden mit den früheren Leistungen nicht zulässig ist, da sich das Verhältnis von Bauern und Schleppern, also das Verhältnis des Teils der Belegschaft, der wirklich vor der Kohle arbeitet, und des Teils, der nur mit der Beförderung der Kohle beschäftigt wird, sich im Laufe der Zeit wesentlich zu Ungunsten des Arbeiters vor der Kohle verändert hat.

Weiter ist die Veränderung der Arbeitszeit noch zu berücksichtigen, die sich im Laufe der letzten Jahrzehnte vollzogen hat. Setzt man den Faktor der veränderten Arbeitszeit in Rechnung, so zeigt sich, daß einer Verminderung der Arbeitszeit in den Jahren von 1909 bis 1919 um 18 Prozent eine Verminderung der Förderung des Bauers in demselben Zeitraum um lediglich 15 Prozent gegenübersteht. Das gilt nur in solchen Fällen, wo keine maschinelle Einrichtung die Leistung des Bauers gesteigert hat. Deshalb kommt der Bericht der Kohlenkommission zu dem unbestrittenen Satz: „Man kann mit gutem Grunde behaupten, daß sich die Leistung des Bauers tatsächlich vergrößert und nicht verringert hat. Dies ist die natürliche Folge der Verminderung der Arbeitszeit.“

Das klingt wesentlich anders als die Behauptung des englischen Unternehmertums und der ihr ergebenen Presse. Auch bei uns ist man, indem man auf die Kritiklosigkeit, Leichtgläubigkeit und die technische Unerschaffenheit der breiten Masse hingewiesen wird, geneigt, die Behauptungen des englischen Berichtes zu empfinden, in denen es wörtlich heißt: „Die Arbeitsbedingungen des Mannes vor der Kohle sind derart, daß sie eine abschließliche Einschränkung der Förderung im höchsten Maße unwahrscheinlich machen. Der Bergarbeiter muß sich eine bestimmte Zeit lang unter Tage aufhalten; er hat dabei keinerlei Gelegenheit, irgendetwas anderes als seine Arbeit zu tun. Dazu kommt, daß er beinahe durchwegs im Affordlohn steht; arbeitet er hierbei nach besten Kräften, so mag das für ihn einen Tagesverdienst von 18 Schilling bedeuten, den er über Tag ausgeben kann, während ein absichtliches Nichtstun einen Tagesverdienst von nur 12 Schilling bedeuten würde. Unter solchen Voraussetzungen wird man nicht annehmen können, und tatsächlich ist das ja auch nicht der Fall, daß die Bergarbeiter, die vor der Kohle selbst arbeiten, während ihrer Arbeitszeit die Förderung absichtlich einschränken. Damit ist aber der Behauptung, es gäbe unter den mit der Kohlenförderung beschäftigten Arbeitern etwas wie eine allgemeine passive Resistenz (*ca'annu*), jeglicher Boden unter den Füßen entzogen.“

Auswanderungsbewegung im vierten Vierteljahr 1925.

In Nummer acht seiner „Mitteilungen“ veröffentlicht das Statistische Staatsamt Daten über die in diesem Vierteljahre ausgestellten Auswandererpässe und über die in dieser Zeit zum Ueberseetransport übernommenen Auswanderer. In der ganzen Republik wurden 2256 Auswandererpässe nach europäischen und 388 nach überseeischen Staaten ausgestellt. Zum Ueberseetransport wurden jedoch (infolge der Einschränkungsmaßnahmen der Vereinigten Staaten von Nordamerika) 1492 Personen übernommen (amte den bereits in früheren Vierteljahre ausgestellten Pässen). Unter den europäischen Staaten nahmen die meisten Auswanderer Frankreich zum Ziel, nach welchem im 4. Vierteljahre Pässe für 928 Personen ausgestellt wurden. Nach ZSR wurden Pässe für 540, nach Deutschland für 928 Personen ausgestellt. Von den Uebersee-Auswanderern nahmen im 4. Vierteljahre die meisten Personen die Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Ziel, u. zw. 603 Personen, Argentinien 396, Kanada 75, sonstige Staaten 73 Personen. Von diesen stammten 886 Personen aus der Slowakei, 322 aus Wäthen, 198 aus Böhmen, 70 aus Karpatenland und 16 aus Schlesien. Tschechoslowakischer Nationalität waren von den über See Ausgewanderten 1191, 126 deutscher, 96 magyarischer, 30 russischer, 27 jüdischer, 1 polnischer, 1 sonstiger Nationalität. Von den Personen, die Auswandererpässe nach europäischen Staaten erhielten, waren 1478 tschechoslowakischer, 538 deutscher, 123 russischer, 82 magyarischer, 35 sonstiger Nationalität.

Berücksichtigen wir den Beruf der Personen, für welche Auswandererpässe ausgestellt wurden (3147), so gehörten 669 der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei an, 1442 der Industrie und dem Gewerbe, 72 dem Handel und Verkehr, 39 dem öffentlichen Dienste und freien Berufen und 925 sonstigen Berufen. Zur Zeit der Pasausführung waren 1150 Personen beschäftigungslos. Als häufigster Auswanderungsgrund wurde von den Inhabern der Auswandererpässe, es waren 2337 die Suche nach Lebensunterhalt (1048) oder der Antritt einer Stellung (795) angegeben.

Die Nationalbank eröffnet ihre Tätigkeit.

Mit dem gestrigen Tage hat die tschechoslowakische Nationalbank ihre Tätigkeit eröffnet. Von nun an werden alle Geschäfte des Bankamtes auf Rechnung der Nationalbank gehen. In der inneren Agenda antizipiert das Bankamt bereits seit gestern als Nationalbank. Man erwartet daher auch, daß in den nächsten Tagen die drei von der Regierung zu ernennenden Mitglieder des Bankamtes, und zwar sollen dies der Generaldirektor der Landesbank Dr. Roos, ein Vertreter der Genossenschaft und ein Vertreter der Sparkassen sein, ihr Amt antreten.

Die Zivnostenska Banka veröffentlicht soeben ihre Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1925 sowie ihre Bilanz. Danach beträgt der Reingewinn 38.967.177 Kč, der so verteilt werden wird, daß eine Dividende von 12 Prozent, das sind 24 K per Aktie ausgeschüttet und der Rest für Lantien, Entlohnungen von Beamten verwendet und dem Reservefonds zugewiesen wird. Wie man sieht, geht es der Zivnostenska Banka sehr gut.

Kunst und Wissen.

„Parfival“-Aufführung im Neuen Deutschen Theater. Die Gephlogenheit, Wagners Bühnenweihfestspiel „Parfival“ nur einmal im Jahre zu geben, kann nicht genug gutgeheißen werden. Denn dem Werke bleibt dadurch der Reiz der Besonderheit erhalten, so daß das Publikum seiner seltenen Aufführung immer besonderes Interesse entgegenbringt, wie auch diesmal wieder das nahezu ausverkaufte Haus bewies. Das wir diese letzte Parfival-Aufführung durchaus mit eigenen Kräften bestreiten konnten, war ihre bemerkenswerte Tugend. Auch daß sie uns unseren Opernchef Zemlin wieder einmal seit vielen Wochen am Dirigentenpulte zeigte, danken wir ihr. Sie war übrigens ganz vorzüglich und entsprach auch verwöhnten Kunstansprüchen, trotzdem im Orchester nicht immer alles stimmte (wörtlich und symbolisch). Ihre besondere Überraschung war die Rundt von Frau Delius. Diese ungemein intelligente und musikalische Sängerin hat sich aus dieser Partie, die sie nach einer einzigen Probe in der letzten Stunde übernommen hatte, als hochdramatische Sängerin von außerordentlichen Qualitäten entbedt. Frau Delius zeigte nämlich, daß ihre Stimme dem dramatischen Gesangstile restlos gerecht wird, daß sie in den hohen Tönen unmittelbar ausspricht und von leuchtender Schlagkraft ist, zeigte uns, daß ihre wortdeutliche Deklamation mustergültig ist und offenbare uns schließlich als Darstellerin eine ganz ungewöhnliche Ausdruckskraft und künstlerische Leidenschaftlichkeit. Weniger glücklich war Herr Komaregg, der zum erstenmale den Amfortas sang; er leistete sich nicht nur manches im Danebensingen, sondern zeigte sich auch musikalisch und darstellerisch noch nicht fest genug. Musikalisch auffallend ungeschick war auch Herr Horner als Gurnemanz, vermutlich unter dem Einfluß von Indisposition. Ausgezeichnet hielt sich dagegen diesmal Dr. Fellner als Parfival, der stimmlich und darstellerisch viel reifer als voriges Jahr wirkte. Schöne Leistung.

Herausgeber Dr. Ludwig Gsch. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei. Für den Druck verantwortlich: O. Poll.

gen boten die Chöre und Ensembles, vor allem jenes der vorzüglich zusammengelungenen Blumenmäden im zweiten Akte. Alles in allem wieder einmal ein künstlerisch befriedigender Operabend, deren Zahl in der ganzen Spielzeit nicht eben groß ist.

Die Feier des 200. Arbeiter-Sinfonie-Konzertes kann die Wiener sozialdemokratische Kunststelle am 19. April begehen. Es findet im Großen Konzertsaal statt. Bundespräsident Michael Saniß und Bürgermeister Karl Seif werden Ansprachen halten. Aufgeführt werden: Richard Strauß „Fanfaren“ und Gustav Mahlers achte Sinfonie.

Das 3. Ordentliche philharmonische Konzert dieser Spielzeit findet Donnerstag, den 8. April, unter der musikal. Leitung Alexander Zemlinskys im Neuen Theater statt.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Freitag geschlossen! Samstag 7 Uhr abends „Don Juan“, Sonntag halb 3 Uhr nachmittags „Die verkaufte Braut“, 7 Uhr abends Premiere: „Das Spiel um die Liebe“, Montag halb 3 Uhr nachmittags Gastspiel Pepi Kramer-Glöckner: „Die Mama vom Passet“, abends 7 Uhr Gastspiel Leopold Kramer „Die Teresina“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag geschlossen! Samstag „Der wahre Jakob“, Sonntag nachm. 3 Uhr Premiere: „Tappere Schneiderlein“, abends halb 8 Uhr „Nidel und die 36 Gerechten“, Montag nachm. 3 Uhr „Das tappere Schneiderlein“, abends halb 8 Uhr „Die heimliche Brautfahrt“.

KINO-PROGRAMM vom 2. bis 8. April:

LIDO BIO Pat und Patadion als Müller Mäuseschwänzchen Ein reizendes Lustspiel in 6 Akten.

Wran Urania-Kino Das einzige deutsche Kino Prag. Der Weg zum Ruhm. mit Lil Dagover.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben Goldenes Kreuzel, Prag-Relazanta.

Gastwirtschaft „Lidovj düm“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich PRAG II., Hybernská Nr. 1.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Fochova 27. Unser Stammlokal.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft.

empfehl ich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedskarten, Einladungen, Plakaten, Flug-schriften, Faktionen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tscheliedgasse Nr. 6

Kleine Chronik.

Das verschwundene Eichhörnchen.

Von H. Rudnig.

Mitten im Winter brachte die Tochter meiner Hausfrau als Erbstück für einen eingegangenen Kanarienvogel, dem die Küchewärme nicht behagte zu haben schien, ein junges Eichhörnchen nach Hause. In dem durch den Abgang des Kanarienvogels leer gewordenen Käfig wurde ein kleines Holzstäbchen untergebracht, damit es dem Eichhörnchen als Ruhe-sitz diene. Und das herzige braune Nagetier machte es sich auch sofort bequem, in dem Käfigchen, verschleppte alles, was in den Käfig gegeben wurde, hinein und begann dann mit größtem Vergnügen vor jeder Mahlzeit seine Zähne an den festen Holzwänden des Käfigchens zu wehen.

Zuerst wollte es gar nicht aus seinem Käfig heraus. Das Öffnen der Schiebertür reizte es höchstens dazu, daß es etwas vorstichtig den Kopf hinausstreckte. Küchle sich jedoch etwas in der Umgebung des Käfigs, so verhielt es sich wieder im Käfig. Erst als man ihm das Futter vor dem Käfig niederlegte, war es dazu zu bewegen, den Käfig zu verlassen.

Mit diesem Momente war allerdings auch seine Scheu und Menschenfurcht gebrochen. In kürzester Zeit sprang es bereits auf allen Kästen und Geschirrstellen umher. Vom Fensterbrett rief es Blumenköpfe herab, alles erreichbare Holz wurde angenagt. Dabei fraß es Risse haufenweise.

Erst als man es wiederholt wegen irgend einer „Unart“ auf Tage in den Käfig sperrete, begann es gewissermaßen vernünftiger zu werden. Kein Topf fiel mehr krachend zu Boden, wenn es auf der Küchenkreuzung „spazieren“ ging; es lief jetzt um die Hindernisse herum und versuchte nicht mehr, wie früher, sie zu überspringen. Dafür stattete es in der Folgezeit der ganzen Wohnung Besuche ab. Einmal ersahen es dabei in früher Morgenstunde auf meiner Bettdecke und blieb minutenlang, mich ruhig anschauend, sitzen. Dann wieder bemerkte ich an einzelnen Einbänden meiner Bücher, daß sie von schlundigen Zähnen auf ihre Widerstandskraft geprüft worden waren.

Am besten gefiel es dem Eichhörnchen jedoch in dem etwas dunklen Vorgimmer. Dort tollte es dann wochenlang den ganzen Tag umher, kletterte auf die Türrahmen, saß stundenlang auf einer Hängematte, um sich dabei gründlich mit Hilfe der Vorderpfoten zu säubern, sprang über die ganze Breite des Zimmers von einem Kasten auf den andern und kletterte sich schließlich wohl. In den Käfig kam es nur, um sich Futter zu holen. Als Ruhe-sitz diene ihm jetzt ein mit Stoffresten gefülltes Säckchen, das es auf der Nähmaschine entbedt hatte.

Als vor kurzem plötzlich die Frühlingssonne so ungestüm vom wolkenlosen Himmel zu scheinen begann, wurde das Eichhörnchen täglich unruhiger. Und eines Abends — jemand hatte für einen Augenblick die Wohnungstür offen gelassen — war es auch schon draußen. In den weiten Park hinein, an dem das Haus liegt.

Alle Bewohner der Wohnung meiner Hausfrau vermühten den kleinen braunen Waldteufel sehr, der

so unbehindert in allen Zimmern sein Untwesen getrieben hatte, und bereits so zahm gewesen war, daß er beim Mittagessen sich ohne weiteres auf eine Stuhllehne hinter jemandem zu setzen wagte.

In den Parkanlagen hatte das Eichhörnchen kein gutes Leben. Alle Leute jagten es hin und her, zum Fressen war in der so frühen Jahreszeit noch nicht viel auf den kahlen Bäumen vorhanden. Und als dann gar dieser Tage ein kräftiges Frühlingsgewitter niederging, da gedachten wir alle in der trockenen Stube des kleinen Flüchtlings. Und glaubten ihn schon verhungert oder sonst elend zugrunde gegangen.

Doch wie groß war das Erstaunen, als am nächsten Morgen eine gewisse Unruhe in unserer Straße entstand und alle Vorbeigehenden auf ein Eichhörnchen wiesen, das zuerst zutraulich neben einem Wachmann auf der Erde gefressen war und dann von einer Haustür zur anderen lief. Bis es in einem Geschäftslokal verschwand...

Am Abend fand ich es dann wieder hoch oben auf der Küchenkreuzung sitzen. Sein braunes Fell zeigte noch deutlich die Spuren des Unwetters, die früher helle Bauchseite war ganz schmutzig und grau; auch die Ohrbüschel hatten stark gelitten, und mager war es, ganz spindebürr.

Die kleinen dunklen Auglein aber blitzten mich frech und kameradschaftlich zugleich an, im übrigen ließ sich „Ohlvia“ bei ihrer Mahlzeit — dem Aufknabbern einer Haselnuß — nicht weiter stören.

So ist unser Eichhörnchen wieder heimgekehrt, das Frühlingsgewitter hat es heimgetrieben. Wir sind dem Frühlingsgewitter sehr dankbar dafür...

Rindernot in Rußland. In Rußland hat eine großzügige Bewegung zur Rettung verwaister Kinder eingesetzt. Die Notwendigkeit dieser Aktion springt jedem Kenner russischer Verhältnisse förmlich in die Augen. Niemals hat es wohl ein solches Rinderelend gegeben, wie während und nach dem Kriege in Rußland. Vor allem in der Zeit der Hungernot stahlen und bettelten sich Armeen von halbwüchsigen Kindern durch Dörfer und Städte, nährten auf Straßen und Feldern, schlüpfen sich in Lastwagen ein und setzten sich auf die Puffer der Eisenbahnwagen, um nach Taschkent, der brot-reichen Stadt, oder nach dem sagenhaften Lichtmeer von Petersburg oder gar zum Mitterchen Rußlands, nach Moskau, zu gelangen. Neun Bahnhöfe hat Moskau, und aus jedem ankommenden Zuge mußten die weitgereisten Knaben und Mädchen an den Polizisten und Schaffnern vorbeischießen, um in das Dunkel der Großstadt zu tauchen. Wegen diese Zehntausende jugendlicher Vagabunden hat die russische Regierung „Sammelstellen für Straßkinder“ eingerichtet. In die 407 Rinderheime Moskaus soll dann der Strom der vagabundierenden Kinder über-gelieft werden. Außerdem sind sogenannte „Rinder-städte“ in der Umgebung der Hauptstadt mit 4000 Bewohnern, mit Wohnhäusern, Werkstätten, Feldern und Gärten, die von den Rindern selbst verwaltet werden, errichtet worden. Die größte dieser Rinderstädte ist Puschkinow bei Moskau. In den Sammelstellen werden auch die von der Polizei fest-genommenen und vom Jugendgericht verurteilten Verbrecher gesteckt und auf die Rinderheime verteilt.